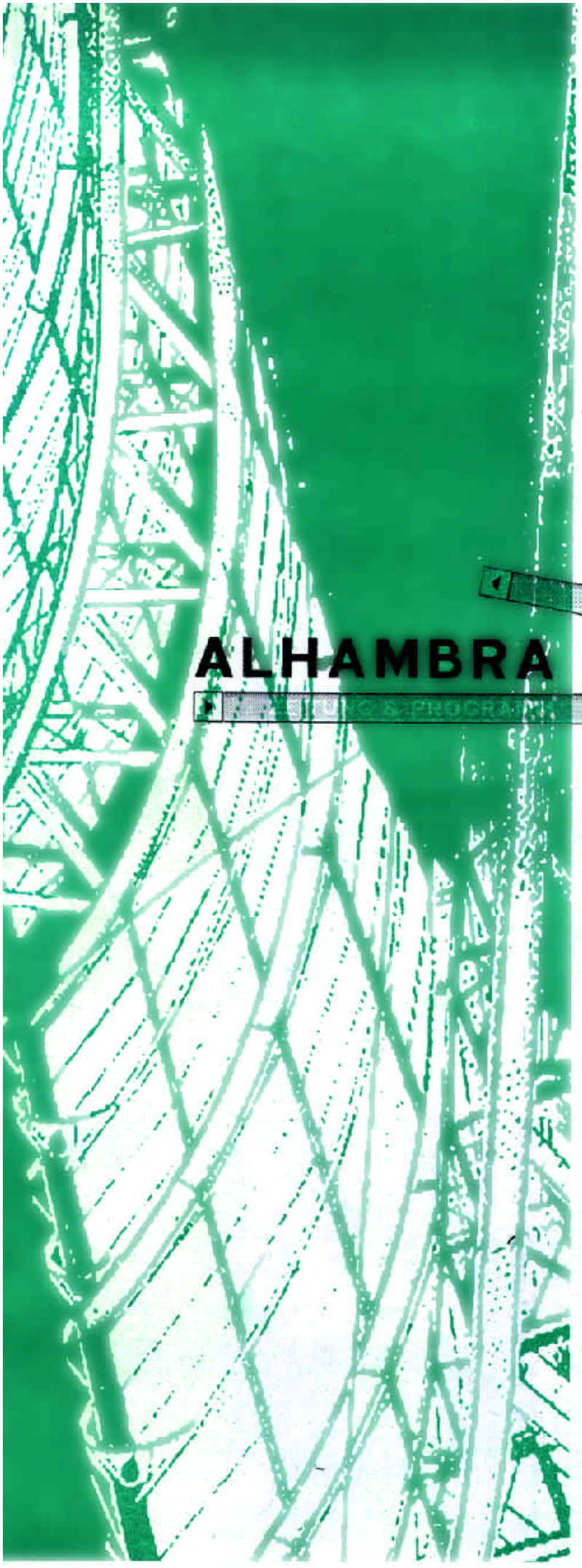
Alhambra
Zeitung



ALHAMBRA

JANUAR 05

Alhambra

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,
Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Videoüberwachung in der Oldenburger City	3
Freiheit stirbt mit Sicherheit	4
Formen politischer und künstlerischer (Gegen-)Öffentlichkeit	6
Übergriffe und Folterungen durch Bullen in Griechenland	9
Survival of the cheapest	10
Ein System von Einzelfällen	12
Das European Defence Paper	14
Der Utopie dicht auf den Fersen?	19
Guatemala-Veranstaltung	20
Sputnikkonzerte	21
crush hour concerts / redredred	22
Literaturseite	23

Die Regeln werden vorab festgelegt, deshalb seid bitte pünktlich.
Aus dem Unkostenbeitrag von 0,50 Euro werden die verlockenden Preise finanziert.
Die Zusammenstellung der Runden wird ausgelost und nach zwei Durchläufen gewechselt.
Von den VeranstalterInnen wird die Zahl der Wechsel der Runden vor Ort festgelegt.
Unter Aufsicht einer gewählten SpieleteilnehmerInnenkomission erfolgt die Zusammenzählung der Punkte.
SiegerInehrung und Preisverleihung obliegen den VeranstalterInnen.
Bei durchschlagendem Erfolg sind regelmäßige Termine anvisiert !
Wir freuen uns über rege Teilnahme !

Videoüberwachung in der Oldenburger City

Verschärfte Sozialkontrolle und Ausgrenzung!

Demnächst in Oldenburg:
Zwei Überwachungskameras mit Direktverbindung zum Ziegelhof zeichnen das Geschehen am Waffenplatz und am Lefferseck auf.
OB Schütz, die große Ratsmehrheit, die Innenstadtkaufleute, die NWZ und das „Volk" freuen sich über diese Errungenschaft und sind erleichtert, dass die Kriminalität in ihre Schranken verwiesen wird und alle Bürger/innen sich wieder ganz doll sicher fühlen können.....
Mit dem angeblich fehlenden Sicherheitsgefühl (neuerdings auch Kriminalfurcht genannt) wird schon seit Jahren mobil gemacht.
Behörden und bestimmte Medien malen das Bedrohungsszenario einer ständig wachsenden Kriminalität. Dass die Fakten eine andere Sprache sprechen spielt dabei keine Rolle, argumentativ kommt sowieso kein Mensch gegen den Hinweis auf das „subjektive Sicherheitsempfinden" der Bevölkerung an.
Rechtlich ist die Videoüberwachung in den Landespolizeigesetzen geregelt, d.h. bei uns im Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz. So genannte Kriminalitätsschwerpunkte, das sind Orte an denen wiederholt und massiert Straftaten begangen wurden und deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigt, können zur Prävention entsprechend überwacht werden.
Dass es den Befürworterinnen und Befür-wortern einer Überwachung z.B. am Waffenplatz nicht darum geht, macht die Kampagne in der NWZ deutlich: von Bullenseite ist von der Observation „verdächtiger Gruppierungen" die Rede, brave Bürger und Geschäftsleute dürfen über das „Unwesen der Bettelei" sich auslassen und der Oberschließer aus dem Knast darf seine autoritären Fantasien (nach der die öffentlichen Plätze in der Stadt genauso zu bewerten sind wie Gemeinschaftsflure im Knast, und da habe sich die Videoüberwachung schließlich bestens bewährt) unwidersprochen zum Besten geben. Es geht hier also recht offen nicht um die Verhinderung schwer wiegender Straftaten, sondern um die Sanktionierung von Kleinkriminalität und unangepassten Verhaltens.
So wird eine Situation konstruiert, die einen massiven Eingriff in die Grundrechte legitimieren soll, denn um einen solchen handelt es sich ohne Frage bei der Überwachung öffentlicher Plätze: Die Überwachung des öffentlichen Raumes führt zwangsläufig zu einem Konformitätsdruck und zu einer Normierung des Verhaltens. Der Sicherheitsbegriff bleibt bewusst im Unkonkreten und wird so ausgedehnt auf alles was irgendwie als störend empfunden werden könnte.
Persönliche Empfindungen und „Gefühle" werden zum Maßstab für „Sicherheit" gemacht. „Sicherheit" bezieht sich auf das menschliche Zusammenleben und allgemeine „Benimm – Regeln", wer diese Regeln nicht beachtet, macht sich verdächtig und muss überwacht werden.. Soziale Umstände und gesellschaftliche Ursachen von Kriminalität spielen offensichtlich keine Rolle, gefragt ist hartes Durchgreifen und Aufräumen.
Die Innenstadt soll von allem was nicht ins Bild passt befreit werden und ausschließlich ein Ort des Konsums sein, organisierte Massenbesäufnisse wie das Stadtfest eingeschlossen.
Eine Handvoll Leute, die am Waffenplatz außerhalb der organisierten Alkoholgelage Alkohol trinken sind dagegen unerwünscht. Soziale Verhältnisse die zu Armut, Krankheit, Drogenabhängigkeit ... führen, werden nur noch als Sicherheitsrisiko diskutiert; anstatt Armut und Obdachlosigkeit zu bekämpfen, werden die Armen und Obdachlosen bekämpft, stigmatisiert und ausgegrenzt.
Werden einzelne Plätze dauerhaft überwacht, entscheidet ausschließliche der Bulle/die Bullette vor den Monitoren, welche Person herangezoomt wird, von wem über die Beobachtung hinaus Aufzeichnungen gemacht werden usw. Diese Selektion findet aber zwangsläufig und ausschließlich nach Äußerlichkeiten statt, z. B. Hautfarbe oder Kleidung. Soziale Sortierung braucht keine Straftat.
Nach den Erfahrungen in anderen Städten wird die Installation von Überwachungsanlagen an zwei Plätzen der Stadt nur ein Anfang sein, die Stadt und die Polizei begründen grade erst eine neue „Sicherheitspartnerschaft" in Ergänzung zum Präventionsrat. Das soll wohl bedeuten: Präventionsrat schön und gut, macht auch gute Arbeit, aber der „Sozialklimbim" hält uns eigentlich nur auf. Der nächste „Kriminalitätsbrennpunkt" wird schnell gefunden sein und muss dann unbedingt mit einer weiteren Kamera überwacht werden um einen Verdrängungeffekt zu vermeiden. So ist der Ruf nach einer weiter gehenden, Flächen deckenden Videoüberwachung vorprogrammiert.
Angesichts der rasanten technischen Entwicklung, z. B. Gesichtserkennungssoftware, in Verbindung mit der stetigen Zunahme der Überwachungskameras im privaten und öffentlichen Raum, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis es möglich ist mit moderner Datenverarbeitungstechnologie verschiedene Informationsquellen zusammen zu führen und umfassende „Bilder" von Menschen zu entwickeln und zu speichern.
Gerade in diesem Bereich der komplett digitalen Systeme boomt der Markt in den USA und in Europa. Sony, Panasonic, Sanyo... , auch IBM fehlt nicht auf der Liste der Konzerne, die von diesem Wachstumsmarkt profitieren. Für Europa wird eine Wachstumsrate von 10,4 % und für das Jahr 2008 ein Umsatz von 3,82 Milliarden $ vorausgesagt.
Ob die Installation der Kameras noch zu verhindern ist, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, eine kritische Öffent-lichkeit zu schaffen, die nicht bereit ist, die von der Stadtverwaltung angekün-digte Maßnahme einfach hinzunehmen.

Veranstaltung der Oldenburger Rechtshilfe zur Videoüberwachung

mit dem Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner

Montag 21.2.05 20.00 Uhr im PFL

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Aus Sicht der Stadtverwaltung kommt eine Videoüberwachung nur an wenigen Brennpunkten in Frage. Nach Meinung von Stadtbaurat Dr. Frank-Egon Pantel könnte dies der Bahnhofsvorplatz sein. Eine Überwachung der Fußgängerzone beurteilt er kritisch: „Im öffentlichen Raum sollte man den Menschen ein Stück Freiheit zugestehen."

Im Auge des Betrachters

Videoüberwachung in der Innenstadt – Sicherheitsgefühl kontra Anpassungsdruck

Kameras sollen City überwachen

Für das Aufstellen von Kameras spricht sich Leffers-Chef Hansjörg Mann aus: Zum einen geht es ihm um die Erhöhung der Sicherheit für das Publikum, zum anderen sieht er die Chance, das „Unwesen der Bettelei und der Punker" in den Griff zu bekommen. Durch eine gezielte Überwachung bekäme die Polizei schneller einen Überblick über die Lage – insbesondere am Waffenplatz.

Auch Hotelier Michael Schmitz („Altera"), der die gute Zusammenarbeit mit den Beamten der City-Wache lobt, kann sich Videokameras am Waffenplatz vorstellen. Äußerst aggressiv träten dort die Punker auf. Auch Schmitz ist von der Gruppe schon belei-

digt und bedroht worden. „Es wäre eine gute Sache, wenn das Problem am Waffenplatz gelöst werden könnte."

DORT ... und wie ist die Kriminalität in den Seitenstraßen?

In Bremen wird seit zwei Jahren der Bahnhofsvorplatz überwacht. Die Kriminalität ging dort um 43 Prozent zurück.

In Frankfurt hängen Kameras u.a. an der Konstabler Wache. Dort nahm die Kriminalität um 15 Prozent ab.

um die egoistische RAFFGIER nach GEWINNMAXIMIERUNG zu befriedigen!

Probleme verlagern

- **UNWESEN DER BETTELEI UND DER PUNKER:** PUNKER sind nicht gleich „KRIMINELL" und sind auch in sich keine homogene Masse ... so einfach ist die Welt nicht in GUT und BÖSE zu kategorisieren !!!
- wer SUBJEKTIV EMPFUNDENE ANTIPATHIE - hervorgerufen durch OPTIK oder eine ANDERE LEBENSWEISE - generalisiert, diskriminiert und öffentlich kriminalisiert ist und bleibt FASCHISTISCH ... OHNE WENN UND ABER !!!
- die KONSUMIERUNGSLOBBYISTEN sehen nicht die ARMUT als URSACHE für die angeprangerte BETTELEI, sondern wollen stattdessen gesellschaftlichen AUSWÜCHSE - also diese MENSCHEN - BEKÄMPFEN und VERDRÄNGEN ... ein „SÄUBERUNGSEFFEKT" der Innenstadt, damit dem „UNWESEN DES KOMSUMIEREN DER WOHLHABENDEN" ungestört weiter Vorschub geleistet werden kann.
- wir fordern die öffentliche Zurücknahme dieser FREMDENFEINDLICHEN und AUSGRENZENDEN PHRASEN und dieser DISKRIMINIERUNG von Minderheiten von den Unternehmen LEFFERS und dem Hotel ALTERA. Wir fordern ebenso den ortsansässigen Pressemonopolist NWZ auf, zukünftig diese FREMDENFEINDLICHEN und AUSGRENZENDEN Zitate NICHT rechtspublizistisch medienwirksam zu veröffentlichen !!!
- **ÜBERWACHUNGSKAMERAS:** POLITIK mit der ANGST der MENSCHEN durch das Suggerieren von MEHR SICHERHEIT, obwohl es nur SCHEINBARE oder latent EMPFUNDENE SICHERHEIT gibt.
- VIDEOÜBERWACHUNG in INNENSTÄDTEN stellen einen derartigen Eingriff in das PERSÖNLICHKEITSRECHT und die FREIHEIT eines JEDEN STADTBESUCHERS dar.
- die videotechnische Überwachungsmaßnahme soll in der Öffentlichkeit SINNVOLL erscheinen, um diese im Endeffekt auch DURCHZUSETZEN und FINANZIEREN zu können ohne die ÖKONOMISCHEN Aspekte, wie die BESCHAFFUNGSKOSTEN und die immens hohen LAUFENDEN PERSONALKOSTEN einer permanenten Überwachung in den Vordergrund der Diskussion zu stellen.
- es geht AUSSCHLIEßLICH um soziale AUSGRENZUNG von MINDERHEITEN und vordringlich um EGOISTISCHE EINSEITIGE ÖKONOMISCHE INTERESSEN einiger Vertreter der KAUFMANNSCHAFT (siehe ECE) und der politischen BEWEIHRÄUCHERUNG und BEFRIEDIGUNG dieser LOBBYGRUPPE unter dem Deckmäntelchen der angeblichen KRIMINALITÄTSVORBEUGUNG !!!

ein paar Punks

V.i.S.d.P.: Iggy Pop, Sid Mitschiss, Johnny Ausrotten & Co. – c/o Kliesor, OLDENBURG

*Zeitungsausschnitte aus der NWZ vom 18. und 24. 11. und Huste Report 5.12. 2004

Stellungnahme zu den Äusserungen: „Unwesen der Bettelei und der Punker" (Leffers – Hr. Mann) und „Äusserst aggressiv treten dort (Am Waffenplatz) die Punker auf" (Hotel Altera – Hr. Schmitz)

„DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" heißt es in Art. 1 des GRUNDGESETZES. Doch scheinen einige Vertreter der KAUFMANNSCHAFT mit Hilfe der Nordwest-Zeitung (NWZ) die Basis der DEMOKRATIE zu ignorieren und mal wieder die Mottenkiste des RECHTSPOPULISMUS zu öffnen. Die primitive diskriminierende GLEICHSETZUNG von bestimmten sozial schwächeren GRUPPIERUNGEN und der KRIMINALISIERUNG dieser GESAMTEN dazugehörigen MENSCHEN dieser Gruppierung, sind Beispiel von Engstirnigkeit, die hoffentlich nicht die GESAMTHEIT der Kaufmannschaft repräsentieren !?! Aber für alle, die nur in „Schubladen" denken können: PUNKER sind nicht gleich KRIMINELL und auch in sich keine homogene Masse ... so einfach ist die Welt nicht in GUT und BÖSE zu kategorisieren ... und überhaupt: PUNKS not JUNKS. Aber: wer SUBJEKTIV EMPFUNDENE ANTIPATHIE - hervorgerufen durch OPTIK oder eine ANDERE LEBENSWEISE - generalisiert, diskriminiert und öffentlich kriminalisiert ist und bleibt FASCHISTISCH ... OHNE WENN UND ABER !!!

Es ist absolut bedenklich und unverschämt, dass die erwähnten KONSUMIERUNGSLOBBYISTEN nicht die gesellschaftlich vorhandene ARMUT als URSACHE für die angeprangerte BETTELEI ansehen, sondern stattdessen die gesellschaftlichen AUSWÜCHSE - also diese MENSCHEN, die NICHT in ihr Weltbild passen - BEKÄMPFEN und VERDRÄNGEN wollen, ausschließlich um Ihre egoistische RAFFGIER nach GEWINNMAXIMIERUNG weiter zu befriedigen. Eine derartige Verdrehung von Ursache und Wirkung ist absolut realitätsfremd. Der gewünschte ausgrenzende „SÄUBERUNGSEFFEKT" der Innenstadt wird deutlich, damit dem „UNWESEN DES KOMSUMIEREN DER WOHLHABENDEN" ungestört weiter Vorschub geleistet werden kann. Aber: JEDER hat das RECHT auf VERWEILEN in der CITY ... und das ist auch gut so !!! ... und ist ein STÄDTEBAULICHER GRUNDTENOR. Auch wenn die „BETTELEI" teilweise sicherlich - je nach individueller Vorgehensweise - belästigend sein kann, sollte ein Jeder die ausweglose Situation seines Gegenübers versuchen einzuschätzen. Ausnahmen bestätigen NICHT die Regel.

Wir fordern die öffentliche Zurücknahme dieser FREMDENFEINDLICHEN und AUSGRENZENDEN PHRASEN und dieser DISKRIMINIERUNG von Minderheiten durch die Geschäftsführer der Unternehmen von „LEFFERS" (Hansjörg Mann) und dem Hotel „ALTERA" (Michael Schmitz).

Wir fordern gleichzeitig den ortsansässigen Pressemonopolist Nordwest Zeitung (NWZ) auf, sich ENDLICH diesem extrem tiefen Niveau zu entziehen und sich der Verantwortung einer Presse bewusst zu sein und ENDLICH eine wahrheitsgetreue und intelligente Berichterstattung zu publizieren, indem diese FREMDENFEINDLICHEN und AUSGRENZENDEN Zitate zukünftig NICHT rechtspublizistisch medienwirksam veröffentlicht werden ... denn dieses schadet der gesamten Gesellschaft und seiner Demokratie !!!

Stellungnahme zu der Forderung der Videoüberwachung im OL-City

Die Diskussion um ÜBERWACHUNGSKAMERAS innerhalb Oldenburgs Innenstadt ist fadenscheinig. POLITIK mit der ANGST der MENSCHEN. Das Suggerieren von MEHR SICHERHEIT, obwohl jeder weiß: ES GIBT KEINE SICHERHEIT – in keinem Staat – in keiner Beziehung – NIRGENDWO, keine 100%ige Sicherheit, keine 50%ige nur SCHEINBARE oder latent EMPFUNDENE Sicherheit. NATÜRLICH IST JEDER GEGEN KRIMINALITÄT (auch WIR sind massenhaft fremdenfeindlicher Gewalt ausgesetzt !!!) ... aber den frequentiertesten Platz Oldenburgs – wie das Lefferseck – videotechnisch zu überwachen ist unsinnig, gesellschaftspolitisch extrem kritisch und kontraproduktive Steuergeldverschwendung, da diese erstens einen derartigen Eingriff in das PERSÖNLICHKEITSRECHT und die FREIHEIT eines JEDEN STADTBESUCHERS darstellt; zweitens die einseitige Argumentation der Kriminalitätsstatistiken den Verlagerungsaspekt ausblenden, denn die scheinbare Kriminalität wird getreu dem Motto des St. Florian-Prinzips nur dahin verschoben, wo ohnehin mehr Kriminalität möglich ist – in die Seitenstraßen und in die Außenbezirke – und drittens die Realität einer gesellschaftlichen Vielfalt und Kultur aus dem Bewusstsein verdrängt wird. Die Ungewissheit über einen Missbrauch der Aufnahmen sowie datenschutzbedenkliche und zweckentfremdete Verarbeitung kann nicht ausgeschlossen werden und wird natürlich häufig angewendet. Ansonsten weiß jeder, dass die Polizei bereits inoffiziell seit längerem VERDECKTE ÜBERWACHUNG videotechnisch betreibt; am Lefferseck aus der City-Wache und ebenso am Waffenplatz ... na OldenBürger, mehr Sicherheit wahrgenommen ? ... wir glauben kaum !

Und es ist mal wieder typisch und kritisch zu beobachten, dass das gute Miteinander der KAUFMANNSCHAFT mit der POLIZEI und deren ortsansässigem SPRACHROHR - der NWZ - recht gut klappt, um diese videotechnische Überwachungsmaßnahme in der Öffentlichkeit SINNVOLL erscheinen zu lassen und diese im Endeffekt auch DURCHZUSETZEN und FINANZIEREN zu können, ohne die ÖKONOMISCHEN Aspekte, wie die BESCHAFFUNGSKOSTEN und die immens hohen LAUFENDEN PERSONALKOSTEN einer permanenten Überwachung in den Vordergrund der Diskussion zu stellen.

Wir fordern die VERWALTUNG und POLITIK auf: Schluss mit dieser Blödsinnsdiskussion !!! Es geht bei dieser Forderung der Überwachungsmaßnahme ausschließlich um soziale AUSGRENZUNG von MINDERHEITEN und vordringlich um EGOISTISCHE EINSEITIGE ÖKONOMISCHE INTERESSEN einiger Vertreter der KAUFMANNSCHAFT (siehe ECE) und der politischen BEWEIHRÄUCHERUNG und BEFRIEDIGUNG dieser LOBBYGRUPPE unter dem Deckmantel der angeblichen KRIMINALITÄTSVORBEUGUNG ... wir schließen uns dem „kritischen" Urteil des Stadtbaurates Dr. Frank-Egon Pantel an ... und wenn's doch endgültig installiert wird: die INNENSTADT IST und BLEIBT für ALLE da !

Für ein FRIEDLICHES MITEINANDER aller Bevölkerungsgruppen und -schichten ... gegen jegliche SPALTUNG ... gegen jegliche Art der SOZIALEN oder OPTISCHEN AUSGRENZUNG. Eine Stadt lebt nur von der VIELSCHICHTIGKEIT und INDIVIDUALITÄT in menschlicher Couleur. Eine Stadt kann nur existieren, wenn GEGENSÄTZE gleichermaßen vorhanden sind und diese einander tolerieren; wenn JUNG und ALT sich akzeptieren; wenn ARM und REICH mehr Verständnis für einander entwickeln; wenn eine andere HAUTFARBE, ein anderer GLAUBE, HOMOSEXUALITÄT oder PUNK nicht zum Problem für INTOLERANZ werden, sondern als Bereicherung einer Innenstadt durch KULTURELLE VIELFALT verstanden werden. Aber von dieser WEISEN EINSICHT sind viele MENSCHEN leider weit entfernt.

Gegen jegliche Art von Faschismus, Intoleranz, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung, Ausgrenzung, Gewalt, unsoziales Verhalten, Ungerechtigkeit und Unehrlichkeit.

eiN pAaR PunKs

V.i.S.d.P.: Iggy Pup, Sid Mitschiss, Johnny Ausrotten & Co. – c/o Kliesor, OLDENBURG

GEGEN NAZIS

Der Bahnhof als Laboratorium der Sicherheitsgesellschaft?

Möglichkeiten der Gegenöffentlichkeit am Beispiel Hbf Hamburg

Städteentwicklung bedeutet inzwischen zu einem beachtlichen Teil die Herstellung einer sicherheits- bzw. kontrollgesellschaftlichen Ordnung. Treibender Motor dieser „neuen Ordnung" ist der private Konsum und seine „Nicht-Orte", die durch ihre ständige Vermehrung die City als ein „managed enviroment" erscheinen lassen. Innerhalb des städtischen Raumes entsteht somit ein immer dichter werdendes Netz aus „privaten Regierungen" mit ineinander übergehenden Hausrechts- und Kontrollbefugnissen.

Diese neofeudale Untergliederung der Gesellschaft in unterschiedliche private bzw. privatisierte Kontrollzonen kann als ein zentrales Merkmal der sich konstituierenden Sicherheitsgesellschaft betrachtet werden. Innerhalb der jeweiligen Kontrollzonen geraten die Menschen unter ein generalisiertes Verdachtsprofil, das lediglich noch darauf aus ist, „prekäre Situationen" zu vermeiden. Das dabei zutage tretende Risikomanagement richtet sich jedoch vornehmlich auf die Angehörigen der neuen, postmodernen Version der „gefährlichen Klassen". Ihre ständige und als Bedrohung wahrgenommene Anwesenheit legitimiert erst umfassende Kontrollinterventionen, die sich auf die gesamte Beölkerung beziehen.

Formen politischer und künstlerischer (Gegen-)Öffentlichkeit

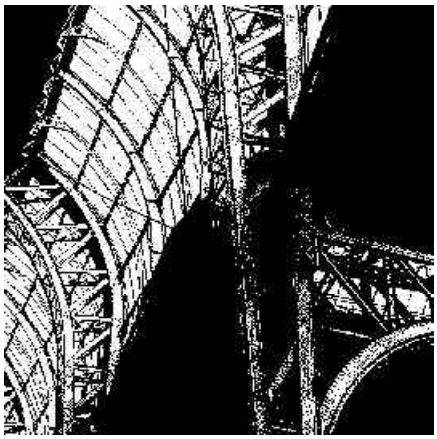
Angesichts dieser weitreichenden Entwicklungen und ihrer Bedeutung für den örtlichen urbanen Raum formierten sich in den letzten Jahren in zahlreichen deutschen Städten - so auch in Hamburg - Aktionsgruppen und Bündnisse gegen urbanen Kontrollwahn und eine unternehmerisch organisierte Stadt.
In diversen (Innenstadt-)Aktionen (zum teil gleichzeitig regional verankert und überregional koordiniert) wurden durch Umnutzungen öffentlicher und privater Räume, unterschiedliche Aneignungsversuche oder harmlose Sabotagen die realen Verhältnisse überzeichnet und alternative Formen städtischen Handelns erprobt. Neben zahlreichen Demonstrationen und Reclaim the Streets-Partys in der Innenstadt, der bundesweiten Kampagne Innen!Stadt!Aktion 1979, Christoph Schlingensiefs Spektakel Passion Impossible - 7 Tage Notruf Deutschland am deutschen Schauspielhaus (aus der später die Mission hervorging), gründete sich das Bündnis gegen Armut, Ausgrenzung und Vertreibung. Weitere Aktionen, wie Sicherheit kommt von innen und S.O.S.-Nett-Team (Mission), Nichts ist mehr sicher! (Gruppe Urban Panic), Radioballet (Gruppe Ligna des Freien Sender Kombinats) und die Aktion Jugend trainiert für Olympia des Land-In-Sicht-Aktionscamps bezogen sich direkt auf die Situation am Hamburger Hauptbahnhof und deren prototypische Bedeutung für die Stadt.

Die Mission: Sicherheit kommt von Innen, S.O.S.-Nett-Team

Die Mission ging im Oktober 1997 aus Passion Impossible - 7 Tage Notruf Deutschland von Christoph Schlingensief hervor und war von Anfang an ein kritischer Begleiter der Entwicklungen am Hauptbahnhof. Obdachlose, Arbeitslose, Künstlerinnen und Anbewohnerinnen sollten und sollen zusammenkommen, um unter dem Slogan Kunst und Suppe selbstorganisiert „künstlerische Maßnahmen gegen die Kälte" zu entwickeln und anzubieten. Aus intensiven Auseinandersezungen mit den sicherheits- und ordnungspolitischen Maßnahmen des Hamburger Senats und der Geschäftsleute resultieren einerseits öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen und andererseits verschiedene Aktionen.

Eine Aktion im Hauptbahnhof lief unter dem Slogan Sicherheit kommt von Innen: Gesetzlich ist das Einkaufen außerhalb der vorgeschriebenen Ladenöffnunsszeiten nur denjenigen erlaubt, die am Hauptbahnhof ankommen, abfahren oder umsteigen, was einen gültigen Fahrausweis voraussetzt. Da sozial Schwächere sich in der Regel keine Fahrkarte leisten können, stellt dies eine Legitimation dar, sie außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten per Hausverbot oder Platzverweis zu vertreiben. Die „Missionisten" griffen diese Thematik auf, indem sie sich als Sicherheitsdienste uniformierten und PassantInnen nach ihren Fahrkarten befragten. Nur wenige konnten einen gültigen Fahrausweis vorzeigen, so dass die „Missionisten" zahlreiche selbstgemachte Platzverweise erteilten, um „die Sicherheit wiederherzustellen". Durch diese Aktion sollten PassantInnen auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden und Ausgrenzungsmechanismen, denen sich Obdachlose alltäglich ausgesetzt sehen, am eigenen Leibe erfahren. Die Kunden in der Wandelhalle reagierten teils entsetzt, teils empört, in der regel jedoch gehorsam auf die erteilten Platzverweise. Einige versuchten ihre Einkäufe in den Geschäften zurückzugeben, andere waren völlig verstört darüber, festzustellen, wie ein Platzverweis ihnen (den realen Verhältnissen entsprechend) nicht nur das Betreten des Hauptbahnhofes, sondern auch komplett innenstädtischer Zonen auf Wochen untersagte.

Bei einer weiteren Aktion (S.O.S.-Nett-Team - Du bist der Bahnhof!) ging es in Anlehnung an das „3-S-Konzept" der DB AG darum, den mit dem Sicherheitsaspekt kurzgeschlossenen Sauberkeits- und Servicediskurs zu kritisieren. Von als „weiße Saubermänner" des S.O.S.-Nett-Teams Uniformierten wurden die am Bahnsteig aussteigenden PassantInnen herzlich begrüßt und ein kleiner Teppich ausgerollt oder der Abreisende mit Lunchpaketen verpflegt,um ihnen dann freundlich lächelnd nachzuwinken. PassantInnen wurden dazu aufgefordert, in das Team einzusteigen (inklusive weißer Uniform) und durch ihr positives Beispiel das Verhalten der anderen Fahrgäste zu beinflussen. Als „Sonderservice" wurden herumliegende Zigarettenkippen und anderer Müll sofort und mit peinli-



cher Genauigkeit gesammelt und die Fensterscheiben der U-Bahn-Wagen mit Scheibenwischern gesäubert. Auf diese Weise wurden die disziplinierenden Anforderungen, die ein Konzept des „netten Hauptbahnofes" an seine „netten Bahnhofsnutzer" stellt, ironisch kritisiert und als „Ordnungsparadies" lächerlich gemacht. Nach ca. 30 Minuten wurden die Aktionen durch den Bahneigenen Sicherheitsdienst gewaltsam beendet und die Missionisten vertrieben.

Urban panic: Sicherheit jetzt!

Im Februar führte die Gruppe Urban Panic in der Wandelhalle am Hamburger Hauptbahnhof die Aktion Sicheheit jetzt! durch. Ziel der Aktion war es, das dort vorfindbare öffentlich-private Kontrollszenario zu thematisieren und durch Überzeichnuung ad absurdum zu führen. Gleichzeitig sollte die extreme Raumüberwachung durch Videokameras sowie die hohe Dichte von öffentlichen und privaten Sicherheitsakteuren für die PassantInnen direkt körperlich erfahrbar bzw. sichtbar gemacht werden.
Als private Bürgerinitiative Sicherheit jetzt! getarnt, rückte Urban Panic mit ihrem eigenen Sicherheitsdienst, der Mobilen Kamera Einheit (MKE) an. Mit Handzetteln und Ausrufen forderte die Bürgerinitiative noch mehr Sicherheit und Sauberheit in der Visitenkarte Hamburgs, während MKE - zusätzlich zu den im Bahnhof installierten Kameras - personenbegleitende Kameraüberwachungen durchführte. Das MKE war mit Walkie-Talkies, diversen Kameras (von vormodern Superacht bis digital) und Sicherheitsuniformen ausgerüstet. In sehr aufdringlicher Weise wurden im Bahnhof anwesende PassantInnen, Reisende oder Fußballfans verfolgt und permanent gefilmt. Schnell wurde der Sicherheitsdienst der Wandelhalle auf die nicht genehmigte Aktion aufmerksam. Nach kurzer Klärung der Absichten konnten die verunsicherten Mitarbeiter des echten Sicherheitsdienstes davon überzeugt werden, dass Bürgerinitiative und MKE auf ihrer Seite seien und doch nur für Sicherheit und Ordnung sorgen wollten. Nachdem sich der Sicherheitsdienst der Wandelhalle mit seiner Einsatzzentrale abgesprochen hatte, wurde der MKE sogar die Ausübung des Hausrechtes für den Nachmittag überlassen. Während die Mitglieder der Bürgerinitative weiter Handzettel verteilen durften, übte die uniformierte MKE souverän und widerstandslos Hausrecht aus, prüfte Fahrausweise und filmte von allen Seiten. PassantInnen wurden in Geschäfte umgeleitet oder im 6er-Personengeleitschutz - immer mit dem Hinweis, sie vor Gefahren schützen zu wollen - durch die Wandelhalle entweder zur Touristikzentrale, zum DB-Reisezentrum, zum nächsten Bahnsteig oder zum Parplatz eskortiert.

Trotz der immer aufdringlicher werdenden „Kontrollmaßnahmen" durch die MKE bis hin zur Gepäckdurchsuchung einer reisenden Familie, stieß die Aktion bei den PassantInnen auf keinen nenneswerten Widerstand.

Ligna Radioballet

Das Radioballet wurde im Mai 2002 von Ligna, einer Gruppe im Freien Sender Kombinat (FSK), dem freien Radio in Hamburg, im Rahmen der Veranstaltung Formierte Öffentlichkeit - zerstreute Öffentlichkeit der Hamburger Kunsthalle organisiert und durchgeführt. Ausgangspunkt dieser Aktion war die Klassikbeschallung durch die DB AG auf den überdachten Bahnhofsvorplätzen. Die permanente musikalische Berieselung soll dabei nicht etwa - wie vordergründig behauptet wird - das Ambiente etwas freundlicher zu gestalten, sondern lediglich dafür sorgen, dass sich bestimmte Personengruppen - nach dem Motto: „Mozart vertreibt U-bahn-Dealer" (Hamburger Morgenpost vom 7. Januar 1999) - zurückziehen. Die klassische Musik liefert so zynischer Weise den Soundtrack zur Vertreibung. Aus der Distanz betrachtet erscheint der Zusammenhang aus Kontrollpersonal und klassischer Musik wie ein postmodernes Ballet im urbanen Raum: Sicherheitsdienste, BGS und Polizei sind die Hauptdarsteller dieser Szenerie, sie sind gewissermaßen die „Tänzer", die bestimmte Gesten verbieten und durch ihren Habitus den Raum mit bestimmten Gesetzen besetzen. Einen ganzen Sonntag widmete Ligna dem Hauptbahnhof im FSK. In einer Live-Übertragung wurde ein Info-Rundgang mit Dokumentierung der beobachteten Ereignisse und Interviews vor Ort durchgeführt, worin auf die unterschiedlichen technischen und personellen Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen wurde. Die Sendung wurde zugleich durch einige tragbare Radios im Hauptbahnhof ausgestrahlt, um Interviews und Analysen hörbar zu machen. Am Nachmittag startete dann das Radioballet für eine Dauer von 45 Minuten.
Die ca. 300 teilnehmerInnen des Balletes, die sich im gesamten Bahnhofsraum zerstreut hatten, erhielten über das Radio Anweisungen, bestimmte Gesten auszuführen. Syncron und wie ferngesteuert werden Gesten der Verteibenden und Vertriebenen stilisiert wiedergegeben. Insbesondere verbotenen Gesten wie das Handaufhalten zum Betteln oder das sich auf den Boden Setzen wurden dadurch massenhaft in den Bahnhof zurückgebracht und gegen noch erlaubte - wie etwa das Handgeben - abgesetzt. Am Ende wurde laut applaudiert, und rote Tücher wurden geschwenkt.

Mit dieser Aktion gelang es ernstmals eine große Anzahl an Teilnehmern für eine interventionistische Aktion am Hauptbahnhof zu mobilisieren. Über Vorankündigung im FSK-Radio konnte die Hörerschaft gezielt erreicht werden. Auch die DB AG leistete einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, indem die einige Tage zuvor versuchte die Aktion per Gerichtsverfahren zu verbieten. Die Klage, die bis zum Oberlandesgericht ging, wurde jedoch nicht stattgegeben, da es sich bei der Aktion um eine zerstreute Ausübung der Kunst- und Meinungsfreiheit handele, die über dem Privatrecht der DB AG stünden.

Land-in-Sicht-Aktionscamp: Jugend trainiert für Olympia

Während der Ordnungswidrigen Land-in-Sicht-Aktionscamps fanden innerhalb ei-

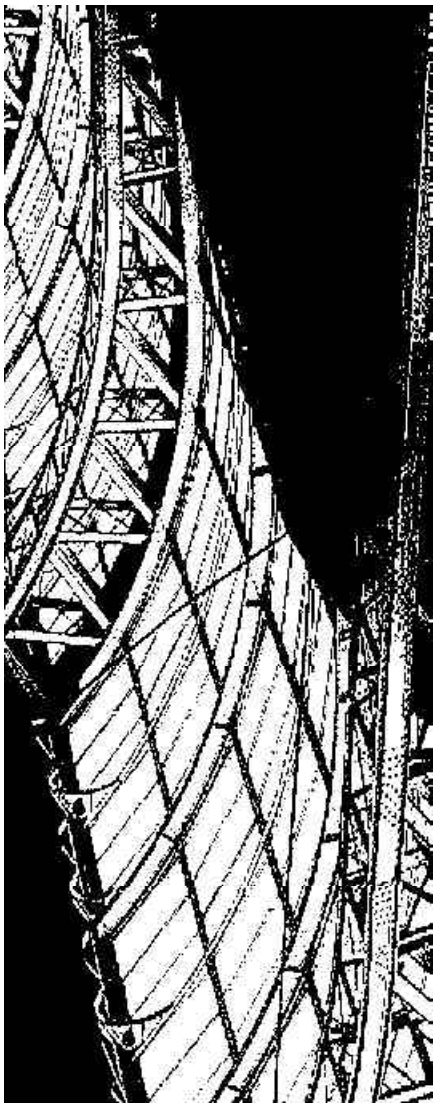
ner Woche im August 2002 verschiedenste Aktionen statt, die sich gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft richten. Am Camp nahmen ca. 250 AktivistInnen teil. Im Anschluss an eine Auftaktkundgebung mit Straßentheater und Musik führte eine Demonstration durch die Einkaufs- und Konsumzone der Innenstadt bis nach St. Georg - dem von repressiver Drogenpolitik und Gentrifizierung gebeutelten Stadtteil - direkt zum Hauptbahnhof. Hier endete die Demonstration mit Redebeiträgen und ging in eine bunte und chaotische Aktion über. In „vorauseilendem Gehorsam" wurden „moderne" olympische Spielarten am Hauptbahnhof ausgeübt (Federball, Fußball, Bockspringen) und die herrschenden Verhaltenscodes und in den Raum eingeschriebenen Machtstrukturen mit „unerlaubten Verhalten" (wie Sicherheitsdienste raten und fröhlich begrüßen, Zivilpolizisten enttarnen, Picknicken, vorgeblich sinnlosem Rumlungern und Abhängen) konterkariert. In einem chaotischen Intermezzo wurde der Hauptbahnhof belagert, um dann allerdings um so heftiger und härter die Grenzen dieser Belagerung durch öffentliche und private Ordnungsmacht zu spüren. Aufgelöste Sicherheitsdienste und der BGS duldeten zwar zunächst die Aktion, nach ca. einer halben Stunde wurden die TeilnehmerInnen jedoch durch massives Einschreiten des BGS hinausgedrängt. Beide Haupteingänge der Wandelhalle wurden von BGS und Polizei abgeschirmt, so dass die AktivistInnen das Bahnhofsgebäude nicht mehr betreten konnten. Die hegemoniale Ordnung war schnell wiederhergestellt.

Versuch einer Perspektive

Zunächst lässt sich feststellen, dass der gemeinsame Nenner der vorgestellten Aktionen darin lag, die hegemonialen Strukturen privat besetzter urbaner Räume zu enttarnen und eine - zumindest temporäre - Umdeutung zu erreichen. Durch Ironisierung, Parodierung bzw. subversive Affirmation wurde innerhalb der unterschiedlichen Aktionen immer wieder der Versuch unternommen, die mehr oder weniger sichtbaren Dispositive der Sicherheit und Kontrolle im (Bahnhofs-)Raum zu enttarnen und den jeweils anwesenden Menschen vor Augen zu führen. Die hegemonialen Strukturen im Raum konnten so auf einer sybolischen Ebene abstrahiert und sichtbar gemacht werden.

Der Mission gelang es dabei als bisher einzige Gruppe, das Stellvertreter-Paradox zu überwinden, in dem auch Obdachlose beteiligt waren, die von den oben beschriebenen Vertreibungsmaßnahmen besonders und direkter betroffen sind. Zwar betreffen die Anfangs beschriebenen Kontrollpraktiken zunächst alle NutzerInnen und verändern damit die Nutzungsbedingungen des Raumes für alle. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Kontrolle auch alle Menschen in gleichen Maße betrifft. Überwachung und Kontrolle bedeutet - was am Hamburger Hauptbahnhof besonders deutlich wird - in hohen Maße auch die Ungleichbehandlung von Menschen bzw. basiert gerade auf dieser.
Umfangreiche Kontrollszenarien werden durch eine erfolgreiche Konstruktion „gefährlicher Klassen" erst legitimiert. Auch die weniger auffälligen Zeichen wie eine entsprechende Architektur, bestimmte „bauliche Maßnahmen" oder eine Ästhetisierung des Raumes werden von den Betroffenen deutlicher empfunden und fordern sie unmissverständlich zum Gehen auf.

Die aktionistische, aber auch theoretische Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen und Tendenzen birgt jedoch auch immer die Gefahr, die hegemoniale Perspektive zu reproduzieren. In diesem Zusammenhang lautet die Frage, die sich auch die Teilnehmerinnen an den Aktionen immer wieder stellen müssen, ob sich durch die Form der Überzeichnung tatsächlich noch eine Sensilibisierung herstellen lässt oder ob der herrschende Sicherheitsdiskurs dadurch nicht eher noch verstärkt bzw. vorangetrieben wird. Stellen die alltäglichen realen Kontrollstrategien nicht schon eine Überzeichnung der vorherrschenden „Sicherheits- und Moralpaniken" dar? Birgt die in der interventionistischen Szene verbreitete Betrachtung der Marginalisierten lediglich als Opfer nicht auch die Gefahr, sie als Objekte privater und staatlicher Ausschließung ständig mitzuproduzieren.
Insgesamt dürfte es zwar schwer fallen, diese Fragen endgültig zu beantworten, dennoch sollten sie im Bewusstsein bleiben, um auch die eigenen Aktivitäten



immer wieder kritisch und reflexiv hinterfragen zu können. In Zukunft wird es auch wichtig sein, den sich ausbreitenden mallifizierten (von amerikanisch mall = einkaufszentrum (?) die red.) urbanen (Hochsicherheits-)Räumen nicht nur mit Überspitzung und Dramatisierung, sondern auch mit positiven Entwürfen und Utopien zu begegnen. Daran mangelt es den bisherigen Interventionen noch.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es den diversen Aktionen bisher nicht gelungen ist, aus einer marginalen Position herauszutreten und eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Dennoch können solche Aktivitäten dazu beitragen, Handlungsalternativen aufzeigen, und die politische und theoretische Debatte über neoliberale Macht- und Herrschaftsstrukturen im städtischen Raum vorantreiben.

Zwei auf Indymedia veröffentlichte Berichte über rassistisch motivierte Übergriffe und Folterungen durch Bullen in Griechenland

Athen: antirassistischer Riot gegen Polizei nach Folterungen

von laikA - 26.12.2004 18:58

Zwei Tage nach der Bekanntmachung durch die Medien dass auf einer bestimmten Polizeiwache Athens Flüchtlinge gefoltert wurden, attakierten Autonome und AnarchistInnen die Wache.

Es handelte sich um ungefähr 25 afghanische Flüchtlinge die auf einer Polizeiwache im Zentrum der Stadt systematisch gefoltert wurden. Wie ein Zentrum zur Unterstützung von Folter traumatisierter Menschen festgestellt hat, wurden die Leute geschlagen, sexuell gefoltert, mit kaltem Wasser bespritzt und gedemütigt. Die cops machten nicht nur a la Abu Graib Fotos von ihren „Heldentaten", sie wendeten auch Foltermethoden aus der Zeit der Diktatur an. Ausserdem gab es Scheinexekutionen. Es gab Berichte anfangs in linken, dann auch in anderen Zeitungen und auch im Fernsehen. Der zuständige Minister sprach natürlich von einem bedauerlichem Einzelfall welcher verfolgt werden wird.
Anscheinend wollten die sadistischen cops den Aufenthaltsort eines anderen Afganers rauskriegen dem eine Flucht aus einem Gericht gelungen war. Dazu nahmen sie wahllos Landsleute von ihm auf den Strassen fest und „verhörten" diese. Misshandlungen und sogar Erschiessungen (an den Grenzen) von Flüchtlingen sind in Griechenland tägliche Realität. Europa 2004.

Am 24.12.04 organisierten je nach Angaben 40 bis 100 Leute aus der athener autonomen/anarchistischen Szene einen Besuch zu der Wache und überraschten die Polizei. Polizeiautos wurden beschädigt und teilweise umgekippt und zerstört, die anwesenden cops angegriffen, die Polizeistation beschädigt. Anscheinend wurde diese jedoch nicht angezündet wie es anfangs hiess, sondern es wurden lediglich beim Rückzug Rauchbomben benutzt.
Die PolizistInnen verbarikadierten sich und schoßen in die Luft. Bei der Ankunft der Verstärkung flüchteten alle. Die ganze Nacht gab es Razzien und Ingewahrsammnahmen im Zentrum. Eine Person wurde festgenommen, anscheinend erst später und anderswo aber angeblich hatte er einen Hammer bei sich. Wie es aussieht wurde er während der Haft ebenfalls misshandelt und am Mittwoch wird er dem Haftrichter vorgeführt. Die Erfahrungen mit den Methoden der griechischen Polizei lässt vermuten dass in den nächsten Monaten auch internationale Solidarität sehr wichtig sein wird.

Diese Aktion machte weltweit in den Medien die Runde. In der griechischen Linke stiess sie auf breite Zustimmung weil sie unmittelbar und nachvollziehbar war. Die Wut war eh schon angestaut da vor ein Paar Tagen ein Polizist in Patras der vor 3 Jahren mindestens eine Frau aus der Ukraine vergewaltigt hatte, quasi freigesprochen wurde. Beide Ereignisse wurden auf Flyern benannt, die bei der Aktion hinterlassen wurden.

Quellen: Indymedia Athen, griechische Medien, BBC, al jazeira

Folterung von Migranten durch Athener Polizei

von antirasist - 26.12.2004 19:38

Athener Polizei machte Menschenjagd auf MigrantInnen. 150 Afghanen wurden festgenommen – viele während ihrer Vernehmung gefoltert.

Am 13. Dezember 2004 kam es in Athen zu einer Gerichtsverhandlung gegen einen afghanischen Flüchtling weil er ohne Papiere aufgegriffen wurde. Während der Verhandlung gelang ihm die Flucht. Auf der Suche nach dem Geflohenen gab es Durchsuchungen in Wohnhäusern in „Agios Panteleimonas" – einem Bezirk in dem viele Afghanen leben. 150 Afghanen wurden durch die Polizei entweder aus deren Wohnungen oder direkt von der Straße in das Polizeistation von „Agios Panteleimonas" verschleppt und einige schwer misshandelt, wobei die Misshandelten von der Polizei mit Foto-Handys während den Folterungen fotografiert wurden.

Nachdem in der griechischen Presse die Folterungen publik wurden veranlasste der für die Polizei verantwortliche Staatsminister eine Untersuchung der Vorgänge in der Polizeistation. Nach zehn Tagen „Untersuchung" konnte/sollte keinem Polizisten die Folterungen nachgewiesen werden.
Am Abend des 24. Dezember wurde die Folter-Polizeistation in „Agios Panteleimonas" von zirka 100 AktivistInnen angegriffen. Mehrer Polizeiautos, die Eingangstür und das Wärterhäuschen wurden zerstört. Von der Polizei in dem Revier aus wurden die AktivistInnen mit Pistolen bedroht. Am Ende wurden Feuerwerkskörper auf die Polizeistation gefeuert. Allen AktivistInnen gelang die Flucht.

In der Nacht wurden 19 Personen von der Polizei an „einschlägigen (linken) Orten" festgenommen. Bis auf einen 29jährigen Mann wurden alle wieder freigelassen. Dem 29jährigen wird vorgeworfen einen Hammer dabeigehabt zu haben mit dem er Polizeiautos zerstört haben soll. Des Weiteren wird ihm Brandstiftung vorgeworfen, obwohl es kein Feuer gegeben hat. Auch er wurde in der Polizeistation misshandelt wobei ihm die Nase gebrochen wurde. Am Mittwoch dem 29. Dezember wird er dem Haftrichter vorgeführt.

Rassisten das Handwerk legen-
Festung Europa einreißen
Solidarität mit den Gefangenen

Survival of the cheapest

Alles für alle für wenig Geld? Mit dem im Phantasma der Konsumenten-demokratie verbrieften Versprechen auf klassenlose Gleichheit ist es einstweilen Balsamico, meint holm friebe

Beginnen sollte ein Beitrag über den Preisverfall im Einzelhandel und die allgemeine Billigmentalität stets und unter allen Umständen mit dem Zitat des Slogans eines bekannten Elektronikfachmarktes. Wie wäre es also zur Abwechslung mal mit diesem, den die Kette Media-Markt derzeit penetrant im Radio laufen lässt: »La-la-la-lass dich nicht verarschen / vor allem nicht beim Preis!« Anders als der epochale Claim des Konkurrenten Saturn, der die erotische Komponente anal-retentiven Verhaltens stark macht, kommt in diesem nicht minder schlimmen Ohrwurm in drastischer Sprache ein anderer, vielleicht sogar wichtigerer Aspekt des Discountphänomens ans Licht: die vermeintliche Ohnmacht des Verbrau-chers gegenüber dem Einzelhandel, der danach trachtet, diesen wo es geht und nach Strich und Faden zu »verarschen«. Worauf die Werbung nicht ungeschickt abhebt, ist der miesepetrige Argwohn des kleinbürgerlichen Spießers, der sich einer feindlichen Welt von Beutelschneidern und Abzockern gegenübersieht. Dass sich der Absender zum Sprachrohr dieses Ressentiments macht und damit vermeintlich aus der Phalanx der Aggressoren ausschert, ist einer der gängigsten Tricks der Branche. Wichtiger ist, dass dieses Ressentiment tatsächlich existiert und in den letzten Jahren zum Leitmotiv des privaten Konsums geworden ist.

Der empfundenen »Verarschung« der Konsumenten – vor allem beim Preis – begegnen diese mit Bauernschläue, indem sie nämlich da einkaufen, wo es billiger ist und so den anderen ein Schnippchen schlagen. Der Aufstand der Pfennigfuchser und Preisvergleicher lässt sich auch, wenn man das will, emphatisch überhöhen als »Consumer-Democracy«. Der Schweizer Trendforscher David Bosshart, Autor des Buches »Billig – wer zu viel bezahlt, ist blöd«, sieht darin »die logische Weiterentwicklung aus der

politischen Demokratie« und versteht darunter »das Versprechen, dass die Menschen Zugang zu einer Vielfalt von Angeboten haben, aus denen sie frei wählen können, was sie tatsächlich wollen. Consumer-Democracy überwindet die traditionellen Zugangsbarrieren und macht die Menschen unabhängig von Klasse und Rasse wirklich gleich.«

Tatsächlich ist diese Utopie der Konsumentendemokratie nicht mehr Utopie, sondern in einer karikierten Form längst Realität und dabei über das Ziel hinausgeschossen. Wie die politische Demokratie und der Kapitalismus offenbart sie immer deutlicher ihre Defizite, die darin liegen, dass individuell rationales Verhalten kollektiv suboptimale Resultate liefert. Die Fuchsigkeit der Konsumenten, die übers Internet die Preise vergleichen, nach dem Fall des Rabattgesetzes feilschen auf Teufel komm raus und jeden ethischen Skrupel noch der geringsten Ersparnis unterordnen, ist es, die die langfristigen Grundlagen der Konsumentendemokratie untergräbt und einem Strukturwandel direkt aus der Hölle Vorschub leistet. Klar geht alles immer noch irgendwie billiger, wenn man dabei in Kauf nimmt, dass der Schrott auch immer billiger produziert und dadurch immer schrottiger wird. Das »Survival of the cheapest« führt zum Aussterben der letzten Nischen von so etwas wie Handwerkstradition und zu einer Monokultur von Pseudo-Produkten. Es ist der Siegeszug der Kretins, die naiverweise annehmen, der Kapital-ismus stelle immer mehr für immer weniger bereit, und die feinen Unter-schiede sowieso nicht bemerken.

Mit einer »Demokratisierung des Luxus« hat das alles wenig zu tun, mal ganz abgesehen davon, dass »Luxus für jedermann« ohnehin ein Paradox ist, wenn man Luxus definiert als exklusiven Konsum, den sich gerade nicht jeder leisten kann. Für kurze Zeit schien dieses Paradox möglich, als die Discounter mit Pesto und Lachs aufrüsteten, und so genannte »smart Shopper« oder »hybride

Konsumenten« ihre Mode bei Armani und ihren Champagner bei Aldi kauften. Jetzt lichtet sich der Nebel, und es ist genau das eingetreten, was Wolfram Siebek längst vorausgesagt hat, dass nämlich der Lachs vom einstigen Edelfisch zum »Prolo der Meere« herabsinken würde. Was will man dort

auch an Qualität erwarten, wenn man bedenkt, dass sich der Anteil für Lebensmittel an den Konsumausgaben seit den frühen sechziger Jahren halbiert hat und statt dessen immer mehr Geld für Handy-Klingeltöne ausgegeben wird. Das ist – Hartz IV hin oder her – tatsächlich hausgemachte deutsche Doofheit, die gleichwohl Methode hat.
Denn mit dem im Phantasma der Konsumentendemokratie verbrieften Versprechen auf klassenlose Gleichheit ist es einstweilen Balsamico. Die von Pierre Bourdieu diagnostizierten feinen Unterschiede, die sich nicht zuletzt über den Konsum mitteilen, existieren weiter und werden durch die zunehmend ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland verschärft. Der kürzlich veröffentlichte Armutsbericht der Bundesregierung kann als Resultat von sechs Jahren rot-grüner Regierungstätigkeit verkünden, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat und die Zahl der von Armut betroffenen Haushalte seit 1998 von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig konzentriert sich der Reichtum stärker im oberen Zehntel der Vermögensskala.
Das ist eine Kluft, die sich auch durch den ostentativen Konsum von Pseudo-Luxus-Produkten nicht wirksam kitten lässt. Der deprimierende Einkauf bei Lidl und Aldi bleibt eben doch, auch wenn zwischenzeitlich angeblich Mercedes-Limousinen auf deren Parkplätzen gesichtet wurden, das soziale Stigma, das er immer war, weshalb die Discounter

hierzulande allmählich an ihre Wachstumsgrenze stoßen. Den Knick in der Kurve machen sie mühelos durch Expansion in die Weltregionen wett, wo Kirberg und Goldhorn noch nicht so üppig fließen.
Für Deutschland aber gilt, dass sich die Polarisierung der Einkommen natürlich auch in einer Polarisierung des Konsums ausdrückt, die langfristig das mittlere Segment ausdünnt. Kein Wunder, dass gerade in diesen Tagen Karstadt und Opel, die beiden Ikonen der Mittelmäßigkeit, in die Krise rutschen.
Auch der Spirituosenmarkt liefert hier gutes Anschauungsmaterial. Während traditionelle Anbieter im mittleren Segment über Absatzprobleme stöhnen, sieht man weltweite Wachstumspotenziale vor allem im neuen Marktsegment »Super-Premium«, wo die Flasche schon mal ein paar hundert Dollar kosten darf. Der durchschnittliche ALG II-Empfänger wird seinen No-Name-Klaren dagegen wohl auch in Zukunft beim Discounter seines Vertrauens beziehen.

Holm Friebe

aus der Jungle World Nr.52

Ein System von Einzelfällen

Zwölf Stunden schuften ohne Pause und ein System der Angst. Ein Schwarzbuch macht auf die skandalösen Arbeitsbedingungen beim Discounter Lidl aufmerksam. von thorsten fuchshuber

In Zukunft wird sich Lidl der Öffentlichkeit nicht mehr ohne Weiteres entziehen können«, sagte Werner Wild, stellvertretender Vorsitzender von Verdi in Baden-Württemberg, am Rande der Pressekonferenz, auf der das »Schwarzbuch Lidl« vorgestellt wurde. Seit Jahren ist seine Organisation bemüht, die meist katastrophalen Arbeitsbedingungen bei Discount-Ladenketten publik zu machen. Den ersten Platz nimmt dabei die Firma Lidl ein. An drastischen Beispielen für die Praktiken des Unternehmens mangelt es nicht. Doch die Geschäftsführer der Schwarz-Gruppe, zu der Lidl gehört, haben bislang jede Kritik einfach ignoriert.

Das hat sich seit der vergangenen Woche geändert. Nach der Veröffentlichung des »Schwarzbuchs Lidl« am vergangenen Freitag, in dem die Verdi-Recherchen der vergangenen Jahre gesammelt sind, und vor allem nach dem großen Medienecho sah man sich am Firmensitz im baden-württembergischen Neckarsulm schließlich doch zu einer Reaktion gezwungen: »Wir empfinden dies als ausgesprochene Diskriminierung und als Diffamierungskampagne«, lässt sich einer Pressemitteilung des Unternehmens entnehmen. Mit 20 000 Arbeitsplätzen, die man hierzulande in den letzten drei Jahren geschaffen habe, sei man »die Nummer eins« in der Republik. Dies erreiche man nur mit zufriedenen und motivierten Mitarbeitern.

Die Zeugnisse der Angestellten vermitteln einen anderen Eindruck. Arbeitszeiten bis zwölf Stunden am Tag, oftmals ohne Mittagspause, sind keine Seltenheit. Unbezahlte Überstunden werden als »freiwillige Vor- und Nacharbeiten« deklariert. So beginnt die Frühschicht für viele bereits um sechs Uhr – bezahlt wird erst ab acht. Taschenkontrollen sind an der Tagesordnung, und auch Videoüberwachung sowie die Durchsuchung von Spinden und Privat-

autos der MitarbeiterInnen gehören bei Lidl zum Alltag.

Klaus Gehrig, der seit März die Geschäfte der Schwarz-Gruppe führt, entschuldigte sich im ZDF-Magazin »frontal 21« für »Einzelfälle«. Und Kontrollen, so die Unternehmensleitung, »werden von allen Handelsunternehmen praktiziert«. Agnes Schreieder, Gewerkschaftssekretärin bei Verdi in Berlin, spricht dagegen vom »System Lidl«. »Es ist darauf aufgebaut, bei den Angestellten gezielt Angst zu schüren. Durch gnadenlose Arbeitshetze werden Leute zu Leistungen gebracht, die Lidl den Vorteil bringen, über die Ausbeutung dieser Arbeitsleistung ein aggressives Expansionstempo vorlegen zu können. Dieses wird von keinem Unternehmen der Republik eingeholt.«

Die Schwarz-Gruppe, benannt nach dem Firmengründer Dieter Schwarz, tritt in 18 europäischen Ländern auf. Seit 1990 hat sich der Jahresgesamtumsatz des Unternehmens von 2,6 auf 36 Milliarden Euro erhöht. Neben den SB-Warenhäusern Kaufland und Handelshof stellt Lidl den Motor dieser Expansion dar. Allein im vergangenen Jahr eröffnete die Kette 442 neue Läden. Betriebsräte gibt es zwar in allen personalstarken Warenlagern, aber nur in sieben Filialen. »Kein anderes Unternehmen in dieser Republik schaltet so gezielt und radikal betriebliche Mitbestimmung aus wie der Konzern Schwarz. Allein die drei Bereiche Lidl, Kaufland, Handelshof und alles, was dazu gehört, Immobilien und so weiter, sind in über 600 Unternehmenskonstrukte aufgeteilt«, sagt Agnes Schreieder. So soll die Gründung von Betriebsräten erschwert werden. Denn eine Lidl-Filiale hat maximal zwölf Beschäftigte, so dass ein Betriebsrat ohnehin nur aus einer Person bestehen würde.

Auf der Basis des neuen Betriebsverfassungsgesetzes versuchten die Gewerkschafter deshalb vor zwei Jahren in Unna, etwa 120 Filialen an den Betriebsrat des dortigen Zentrallagers anzuschließen. Kurzerhand trennte der Konzern darauf Filialen und Lager in zwei

Firmen mit eigenen Geschäftsführern auf.

Oftmals saßen vor Beginn von Gründungsversammlungen bereits mehrere Lidl-Manager im Veranstaltungsraum. Die organisierungswilligen Angestellten machten auf dem Absatz kehrt. Wenn gewerkschaftliche Aktivitäten einzelner MitarbeiterInnen bekannt werden, beginnt dem Schwarz-

buch zufolge meistens knallhartes Mobbing: Angestellte werden des Diebstahls oder anderer Verfehlungen beschuldigt und teils stundenlang von mehreren Vertriebsleitern ins »Kreuzverhör« genommen, bis sie schließlich einen Aufhebungsvertrag unterschreiben, was dem Konzern die Kündigung erspart. Das gleiche Schicksal trifft häufig auch langjährige MitarbeiterInnen, die bei Weiterbeschäftigung in eine höhere Gehaltsgruppe aufsteigen würden.

»Die werfen Leute raus, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Schon beim geringsten Anlass«, erinnerte sich Gabriele Henske-Kunz, bis vor kurzem Personalsachbearbeiterin bei Kaufland in Stuttgart, auf der Verdi-Pressekonferenz. Sie wurde entlassen, weil sie an einer Betriebsratswahl mitgewirkt hat. »Der Verkaufsleiter hat zu mir gesagt: Wir kriegen Sie raus, verlassen Sie sich darauf!«

»Unter den Verkaufsleitern, die mehrere Filialen betreuen, findet ein regelrechter Wettbewerb statt: Wie viel Abmahnungen kann ich schreiben, wie viele Leute kann ich feuern? Dann sind sie angesehener«, berichtet Marcus Jacobi, unlängst noch Filialleiter bei Lidl. Nun wurde er selbst nach einem bei der Arbeit zugezogenen Bandscheibenvorfall am Ende der Probezeit entlassen. Werner Wild bestätigt: »Von den leitenden Angestellten wird erwartet, dass sie mindestens 55 Stunden in der Woche arbeiten, ihnen wird absolute Loyalität abverlangt. Da spüren die ganz schnell: Wer sich nicht an dieses System hält, der ist schneller draußen, als er gucken kann.«

Agnes Schreieder weist in diesem Zusammenhang auch auf die hohe

Fluktuation unter den Verkaufsleitern hin, die oft »frisch von der Hochschule angeworben werden«. Es handle sich um junge Leute, die mit hohem Einstiegsgehalt und Firmenwagen geködert würden.

Verdi, so Werner Wild, werde jedenfalls weiter versuchen, gezielt Mitglieder bei Lidl zu organisieren und Betriebsratswahlen einzuleiten, auch wenn der Gewerkschaftssekretär Christian Paulowitsch eingestehen muss: »Wir kommen im Moment nicht weiter.« Übergeordnetes Ziel ist es Schreieder zufolge, »mit Lidl eine Regelung darüber zu treffen, dass es filialübergreifende Betriebsräte gibt, weil jede einzelne Filiale ja nur begrenzte Mitbestimmungsrechte hätte«.

Außerdem sei man über den Dachverband »Uni« dabei, sich europaweit zu vernetzen. Denn Lidl müsse sich bei seiner Expansion in Europa den unterschiedlichen Bedingungen anpassen. Und da »beispielsweise in Schweden 80 Prozent der Handelsbeschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind«, so Paulowitsch, sei Lidl dort auf die Gewerkschafter zugegangen.

Davon, so scheint es, ist Lidl in Deutschland jedoch noch weit entfernt. »Die Kampagne«, höhnte das Unternehmen Ende voriger Woche, sei »Ausdruck für das Dilemma der Gewerkschaft, dass sie bei den wachstumsstarken Discountern unter den Beschäftigten kaum auf Zuspruch stößt«.

Thorsten Fuchshuber

aus der Jungle World Nr. 52

von Jürgen Wagner, 08.12.04

Die Blaupause für Europas Kriege der Zukunft:

Das European Defence Paper

7.000 Soldaten umfasst die sogenannte ALTHEAMission, die im Dezember 2004 die Führung des Militäreinsatzes in Bosnien von der NATO über-nahm. ALTHEA symbolisiert damit nach den bereits 2003 erfolgten Einsätzen auf dem Balkan (Mazedonien) und in Afrika (Kongo) den - vorläufigen - Höhepunkt der Militarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Über drei zentrale Dokumente wird diese Militarisierung vorbereitet, legitimiert und weiter-entwickelt: Während sich Europa mit seiner Verfassung endgültig von dem Projekt einer Zivil-macht verabschiedet, benennt die Europäische Sicherheitsstrategie Interessen, Bedrohungen und Ambitionen mit denen europäische Militäreinsätze künftig legitimiert werden sollen. Das "European Defence Paper" schließlich präzisiert den Zusammenhang zwischen EU-Interessen und künftigen EU-Kriegen und entwirft hierfür konkrete Einsatzszenarien.

Der verfassungsrechtliche Abschied von der "Zivilmacht EU"

Geht es nach den Staat- und Regierungschefs der EU soll die von ihnen am 29. Oktober unterzeichnete Verfassung so schnell wie möglich ratifiziert werden. Falls es dazu kommen sollte ist spätestens dann das Projekt "Zivilmacht EU" endgültig gescheitert, wie die friedens- bzw. militärpolitischen Bereiche der Verfassung zeigen. Besonders problematisch sind die Festschreibung weltweiter EU-Kampfeinsätze, eine explizite Aufrüstungsverpflichtung und die Aushebelung des Parlamentsvorbehalts hinsichtlich künftiger Entscheidungen über EU-Interventionen.1 Durch die im Dezember 2003 einvernehmlich verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (besser bekannt als "Solana-Papier") mit dem viel versprechenden aber grob irreführenden Titel "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt" einigte besseren Welt" einigte man sich erstmalig auf ein gemeinsames Strategiepapier. Auf dessen Grundlage wurde nun mit dem European Defence Paper auf Anweisung der EU-Regierungen eine weitere Ausplanung künftiger EU-Kriege vorgenommen.

Die Zukunft europäischer Kriege: Das European Defence Paper

Unter dem vollen Titel "Europäische Verteidigung: Ein Vorschlag für ein Weißbuch",2 veröffentlicht vom Institute for Security Studies (ISS), dem wichtigsten EU-eigenen Think Tank, präsentierte eine hochrangig besetzte Expertengruppe verschiedene militärische Einsatzoptionen, zu denen die EU ab 2010 in der Lage sein soll. Dieser Horrorkatalog wird allenthalben als Blaupause für die weitere Entwicklung der europäischen Militärpolitik betrachtet und verdient deshalb größte Aufmerksamkeit.

Mehrere Aspekte sind an dem Dokument bemerkenswert. Vor allem zu nennen sind hierbei die Offenheit mit der der Zusammenhang zwischen europäischen Interessen und aus ihnen abgeleiteten militärischen Einsatzoptionen benannt wird; das Interesse an einer militärischen Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung; Präventivkriege die nicht einmal vor nuklearen Einsatzoptionen halt machen; die starke Betonung militärisch für die Absicherung von Handels- und Rohstoffströmen sorgen zu müssen; sowie das konkurrenzielle Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Für diese Interessenskomplexe entwirft das Defence Paper schließlich konkrete Einsatzszenarien verbunden mit einer Analyse, welche Kapazitäten derzeit noch fehlen, um diese Kriege künftig "erfolgreich" führen zu können.

Die Rückkehr des Interessensbegriff

Während man es lange Zeit eher vermied deutlich europäische Interessen zu benennen, die gegebenenfalls auch militärisch gewahrt werden müssen, lässt dass Defence Paper diesbezüglich jegliche Zurückhaltung vermissen: "Die Union ist ein strategischer Akteur mit Werten und Interessen die es zu schützen und zu verbreiten gilt." (S. 13) Das Papier unterscheidet dabei zwischen "Werteinteressen" und "vitalen Interessen", aus diesen Interessen leitet es "Missionen" ab, die deren militärischen Schutz beinhalten.

Europas "Werteinteresse": Die militärische Absicherung neoliberaler Globalisierung

Dass Globalisierung und neoliberale Weltwirtschaftsordnung für Europas Strategen ein und dasselbe sind, wird aus den entsprechenden Passagen von Ver-

fassung und Sicherheitsstrategie ebenso deutlich, wie das Bestreben für die militärische Ausweitung und Absicherung dieser Ordnung zu garantieren.3
Dieses Ziel wird im Defence Paper als "Werteinteresse" definiert, das nur wenig verschleiert die Einhaltung "universell akzeptierter Normen und Werte" beinhalte. Generell strebe europäische Außenpolitik "die Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung" (S. 13) an. Dabei wird die Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung explizit zu einer militärischen Aufgabe erhoben, indem als "Missionen" folgende Maßnahmen genannt werden: "Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedenschaffende Maßnahmen" (S. 13).

Werteinteresse	Mission
Internationaler Friede und Sicherheit	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung internationalen Rechts
Universell akzeptierte Normen und Werte	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedenschaffende Maßnahmen

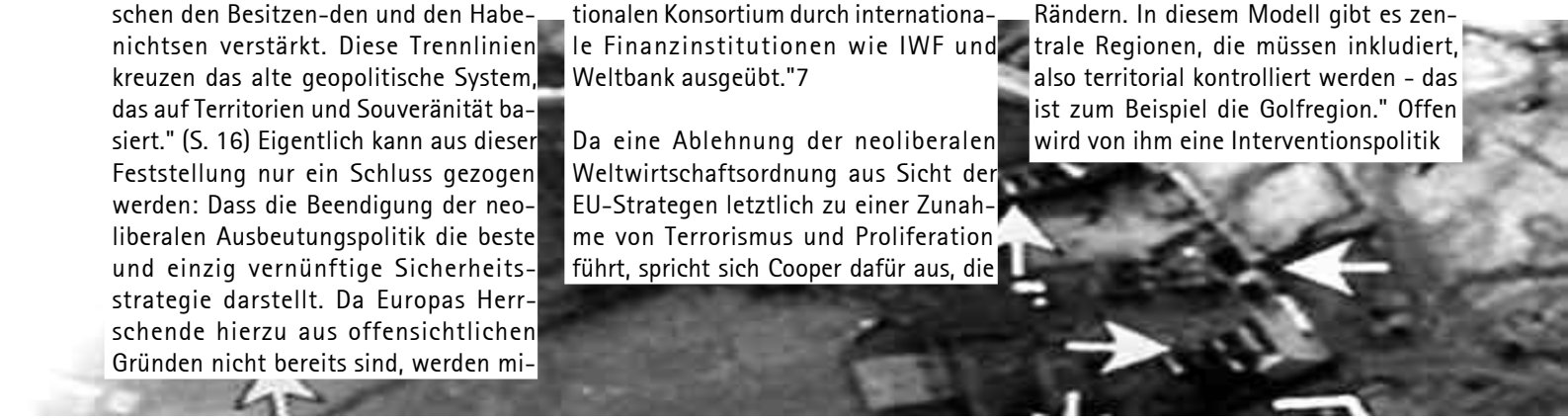
Quelle: European Defence Paper, S. 13

Interessant und wesentlich ist, dass der Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierung, Verarmung weiter Teile der Welt und daraus resultierender Konflikte explizit anerkannt wird. Umso vielsagender ist es, dass man ausschließlich besorgt ist, militärisch den Dampfkessel dieser
Armutskonflikte unter Kontrolle zu halten, anstatt diese Ausbeutungspolitik zu beenden: "Die Globalisierung schafft auch Spannungen und Konflikte. Ökonomische Krisen, versagende Regierungen, ethnische Gewalt und religiöse Feindschaften werden durch den Graben zwischen den Besitzen-den und den Habenichtsen verstärkt. Diese Trennlinien kreuzen das alte geopolitische System, das auf Territorien und Souveränität basiert." (S. 16) Eigentlich kann aus dieser Feststellung nur ein Schluss gezogen werden: Dass die Beendigung der neoliberalen Ausbeutungspolitik die beste und einzig vernünftige Sicherheitsstrategie darstellt. Da Europas Herrschende hierzu aus offensichtlichen Gründen nicht bereits sind, werden militärische "Missionen" künftig alltäglich werden, um Armutskonflikte, die diese Weltwirtschaftsordnung gefährden könnten wortwörtlich zu bekämpfen.4
Explizit benennt das Defence Paper bspws. den "Zusammenbruch staatlicher Strukturen in Afrika" als direkte Gefahr für Europa. (S. 20) Folgerichtig soll künftig die "superschnelle Einsatztruppe", wie Frankreichs Verteidigungsministerin Michele Alliot-Marie die neuen 1.500 Mann starken EU-Schlachtgruppen (battlegroups) nennt, „vor allem in Afrika" - aber natürlich nicht ausschließlich dort, eingesetzt werden können.5

Europas Imperium

Im Defence Paper findet sich auch eine offensichtlichen Anspielung auf die Schriften Robert Coopers, Javier Solanas rechter Hand. Genauso wie Cooper, der Europas regelbasierten Postmodernismus feiert, frägt sich auch das ISS-Papier, ob "der Postmodernismus in einer Region wirklich funktionieren kann" (S. 21) und kommt natürlich zu dem Schluss, man könne es sich nicht leisten, dass Staaten sich außerhalb der Spielregeln der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung bewegen. Länder, die es an Demokratie und freien Märkten vermissen lassen, würden automatisch zu "fehlgeschlagenen Staaten, was den Terrorismus, Proliferation und manchmal beides befördert." (S. 26) Tatsächlich ist es die vom Neoliberalismus ausgelöste Verarmung, die die Hauptursache für das Ausbrechen von gewaltsamen Konflikten in der Dritten Welt ist, wie selbst die Weltbank inzwischen einräumt.6 Trotzdem - oder besser deswegen - plädiert Cooper dennoch für den "freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt."7

Da eine Ablehnung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung aus Sicht der EU-Strategen letztlich zu einer Zunahme von Terrorismus und Proliferation führt, spricht sich Cooper dafür aus, die Segnungen des "Imperialismus der globalen Ökonomie" auch denjenigen zu teil werden zu lassen, die seine Begeisterung hierfür aus verständlichen Gründen nicht teilen, zur Not mit nicht ganz so freiwilligen militärische Mitteln. So wird aus der Verbreitung des neoliberalen Systems ein sicherheitspolitisches Interesse erster Priorität: "Das Ziel ist die Entstehung eines 'Rings von Freunden' in Osteuropa und dem Mittelmeer, aneinander gebunden über gleiche Werte, offene Märkte und Grenzen." (S. 24)
Dies erinnert nicht von ungefähr an Herfried Münkler, seines Zeichens "Vater" der Theorie der neuen Kriege und einer der prominentesten deutschen Politikwissenschaftler. Für Münkler bedingt das weltumspannende segensreiche neoliberale System, dass den "Systemadministratoren" ähnlich der Polizei im Inland ein legitimes Gewaltmonopol in Form ihres Militärs zukommt, um den "Sturz ins Chaos", von dem eine direkte Gefahr für Europas Sicherheit ausgehe, zu verhindern.8 Für ihn dienen militärische Interventionen nicht mehr egoistischen einzelstaatlichen Interessen, sondern dem "Gemeinwohl": Krieg wird zu einer Frage der inneren Sicherheit umdefiniert. In diesem Zusammenhang wundert es dann auch nicht mehr weiter, wenn Imperialismus und die aberwitzige Idee eines Europäischen Imperiums plötzlich eine positive Konnotation erhalten: "Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen."9
Da es im Inland wie im Ausland natürlich Verlierer dieser Ordnung gibt plädiert Münkler folge-richtig für "die Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern. In diesem Modell gibt es zentrale Regionen, die müssen inkludiert, also territorial kontrolliert werden - das ist zum Beispiel die Golfregion." Offen wird von ihm eine Interventionspolitik



Marke "The West Against the Rest" propagiert: "Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen 'imperialen Barbaren-grenzen' der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum." Die Frage, "ob Europa überhaupt die Möglichkeit hat, dem Zwang zur Imperialität zu entgehen," - in Anlehnung an das Defence Paper, die Frage ob "Postmodernismus in einer Region wirklich funktionieren kann", beantwortet sich mit solchen Analysen natürlich wie von selbst: "Irgendwann muss - und wird - Schluss mit der Erweiterung zu Bedingungen der Vollintegration sein. [...] Dann entstehen an den Grenzen Europas jene Gefällestrukturen, die typisch sind für imperiale Macht-formen. Deshalb werden wir lernen müssen, die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] vielmehr als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates" zu denken.10 Letztlich spricht Münkler damit lediglich offen aus, was implizit in der europäischen Verfassung, der Sicherheitsstrategie und im Defence Paper angelegt ist. Neben diesem eher allgemeineren Interesse an der Absicherung des neoliberalen Weltwirtschaftsmodells, kommt das ISS-Papier aber auch auf handfestere Interessen zu sprechen.

Öl und Handel als vitale Interessen

Spätestens, wenn in einem europäischen Dokument der Begriff des "vitalen Interesses" (S. 13.) auftaucht, der wie in amerikanischen Strategiepapieren anzeigt, dass bei deren Bedrohung militärische Einsätze selbstverständlich sind, sollten die Alarmglocken läuten. Als ein solches "vitales Interesse" benennt das Defence Paper die "ökonomische Überlebensfähigkeit". Die hierfür erforderliche "Mission" sei der "Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen." (S. 13)
Da man keinesfalls auf die militärische Wahrung seiner vitalen Interessen verzichten möchte, visiert auch das Defence Paper eine Präventivkriegsstrategie an.

Europäische Präventivkriege und das Ende der Abschreckung

In Anlehnung an die amerikanische Nuklearstrategie, kommt auch das Defence Paper zu dem Ergebnis, Terroristen könnten nicht abgeschreckt, also über die Drohung mit massiver Vergeltung von einem Angriff abgehalten werden. "Klassische Abschreckung ist irrelevant gegen solche Gruppen", weshalb "präemptive Operationen entweder mit polizeilichen oder militärischen Kräften gegen eine Gruppe und sein Netzwerk" notwendige Einsatzoptionen seien (S. 17). Mit dem erwähnten Netzwerk trägt das Papier dem offen-sichtlichen Umstand Rechnung, dass solche Operationen notgedrungen in einem bestimmten Staat in dem terroristische Gruppen vermutet werden stattfinden müssen und übernimmt damit praktisch die amerikanische Präventivkriegsstrategie. Während es im Falle von terroristischen Gruppen zumindest umstritten ist, ob sie sich tatsächlich unter keinen Umständen abschrecken lassen, trifft dies ganz sicher nicht für sogeannnte Schurkenstaaten zu. Bekanntlich ist deren oberstes Ziel der Erhalt ihrer staatlichen Integrität. Gerade hierin liegt die Ursache, weshalb viele von ihnen versuchen an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, da sie verständlicherweise bestrebt sind, sich vor den teils recht unverhohlenen Interventionsdrohungen und Ankündigungen militärischer Regimewechsel zu schü-tzen.11
Dennoch kommt das ISS-Papier zu folgender Bedrohungsanalyse: "Als erstes besteht die Gefahr, dass Pjöngjang eine ballistische Rakete mit 10.000 Kilometern Reichweite entwickeln könnte, die Europa direkt treffen könnte."(S. 18) Als ob Kim Jong Il keine anderen Sorgen hätte, als aus dem Nichts heraus Europa anzugreifen und damit sein Schicksal endgültig zu besiegeln. Trotzdem müssen solche Szenarien herhalten, um das eigentliche Interesse zu verschleiern. Denn nicht das Versagen des Prinzips der Abschreckung ist das Problem, sondern, dass sie funktioniert, wie das Defence Paper recht offen zugibt: "eine Nuklearisierung des höchst instabilen Mittleren Ostens hätte direkte Konsequenzen für Europa...Manche mögen argumentieren, dass diese Proliferationsrisiken keine direkte militärische Gefahr für die Union als solche darstellen, aber da 50 Prozent des europäischen Energiebedarfs aus dieser Region kommt, sind sie eine direkte Bedrohung." (S. 18f. Hervorhebung JW) Wie die hieraus abgeleiteten Einsatzszenarien verdeutlichen - hierzu später mehr - will man mit allen notfalls auch militärischen Mitteln sicherstellen, dass ein ölreiches Land seine Ressourcen im Sinne Europas verwendet. Dies bedeutet folgerichtig präventiv zu verhindern, dass ein Land über die Fähigkeit verfügt mittels Massenvernichtungsmittel ein solches Ein-greifen abzuschrecken. Selbst die nukleare Option wird dabei offengehalten.

Der "implizite" Atomkrieg

"Die Vorstellung eines nuklearen Angriffskrieges ist jetzt auch auf europäischer Ebene verankert worden. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des 'European Defence Paper', stellt zufrieden fest, dass das Thema 'Präemption/Prävention' in dem Dokument zwar vorwiegend unter dem Aspekt von Kriegseinsätzen mit konventionellen Streitkräften und operativen Spezialkräften behandelt wird. 'Immerhin' werde aber die Möglichkeit erwähnt, britische und französische Nuklearstreitkräfte 'explizit oder implizit' einzubeziehen.12 Im Papier selber heißt es bezüglich künftiger EU-Kriegseinsätze: "Wir haben es nicht vermieden Szenarien zu präsentieren, in welchen die nationalen Nuklearstreitkräfte europäischer Mitgliedstaaten (Großbritannien und Frankreich) entweder explizit oder implizit in

Vitales Interesse	Mission
Die Integrität der Mitgliedsstaaten	Heimatverteidigung und Konsequenzmanagement
Ökonomische Überlebensfähigkeit	*Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen*
Soziale und politische Sicherheit	Die Bekämpfung organisierter Kriminalität und Stabilitätsexport zur Verhinderung massiver Flüchtlingsströme

Quelle: European Defence Paper, S. 13 (Hervorhebung JW)

die Planung mit einfließen könnten." (S. 68) Da Massenvernichtungsmittel, die in tief verbunkerten Zielen lagern mit konventionellen Mitteln nicht zu zerstören sind, ist nukleare Prävention bereits Bestandteil der nationalen Doktrinen beider europäischer Atommächte.13
Dass in den konkreten Szenarien die nukleare Option nicht explizit erwähnt wird, dürfte eher dem zu erwartenden Aufschrei innerhalb Europas denn etwaiger moralischer Bedenken geschuldet sein. Obwohl auch in dieser Frage eine weitgehende Überschneidung mit US-amerikanischen Strategiepapieren besteht, kommt im ISS-Papier dennoch auch recht offen das konkurrenzielle Verhältnis zwischen Washington und Brüssel zur Sprache.

Ami-bashing

Das Defence Paper ist ein weiterer Schritt auf Europas Weg "eine Supermacht auf dem europäischen Kontinent, ebenbürtig mit den Vereinigten Staaten," zu werden, wie der ehemalige EU-Kommissar Romano Prodi das Hauptziel der Union formulierte.14 Das ISS-Papier konstatiert allerdings nüchtern, dass Washington alles andere als gewillt ist, dies zuzulassen: "Die Arbeitshypothese der Nationalen Sicherheitsstrategie unterstreicht Amerikas unanfechtbare weltweite Vorherrschaft. Aber diese beispiellose Hegemonialposition ... muss aufrechterhalten werden, um andere Staaten davon abzuhalten die amerikanische Machtfülle herauszufordern ... Keinem Staat wird es erlaubt, mit den USA gleichzuziehen." (S. 30)
Da dies offensichtlich mit den europäischen Präferenzen kollidiert, folgt im Defence Paper eine ganze Litanei harscher Vorwürfe: Die USA hätten "revisionistische Ambitionen", sie verfolgten einen "manichäischen Ansatz", geprägt von einer "ideologischen Perspektive" sowie "missionarischem Eifer" der "Krieg als Lösung der neuen Sicherheitsprobleme" betrachtet. (S. 35 Hervorhebung im Original) Zwar treffen diese Beschuldigungen weitgehend zu, aus dem Munde derjenigen, die sich bspws. 1999 beim Überfall auf Jugoslawien noch prächtig mit den USA verstanden, wirft dieser neue kritische Ansatz Fragen nach dessen eigentlicher Motivation auf. Umso mehr, da von den fünf im Defence Paper anvisierten Einsatzmöglichkeiten künftig vier unter alleiniger europäischer Führung, also vollständig unabhängig von Washington durchführbar sein sollen. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass man bestrebt ist, notfalls auch gegen den Willen der USA eigene Interessen wahrnehmen zu können.

Die Praxis künftiger EU-Kriege

Aus den zuvor beschriebenen Interessen leitet das Papier folgende fünf Einsatzszenarien ab, zu denen europäisches Militär künftig in der Lage sein soll:
1. Friedenserhaltene Einsätze
Das Papier geht nach dem Vorbild des KFOREinsatzes im Kosovo von der Notwendigkeit aus, 30.000 Soldaten drei Jahre lang in einem Land zu stationieren, das bis zu 2.000 Kilometer um Brüssel entfernt liegt. Die erforderlichen Kapazitäten hierfür seinen bereits vorhanden. (S. 71-76)
2. Humanitäre Interventionen
Im Falle angeblicher oder tatsächlicher humanitärer Katastrophen will man künftig mit 10.000 Soldaten im Umkreis von 5.000 Kilometern um Brüssel Einsätze ein Jahr lang durchführen können. So gut wie alle Fähigkeiten für derartige Interventionen für die Bosnien und Ruanda als Vorbilder genannt werden, seien bereits vorhanden. (S. 76-80)
3. Präventive Verhinderung eines Angriffs mit Massenvernichtungsmitteln
Das Defence Paper betont die Notwendigkeit, künftig Präventivkriege zur Zerstörung terroristischer Strukturen und/oder deren Massenvernichtungsmittel führen zu können. Zwar ist in dem Dokument permanent von nicht-staatlichen Akteuren die Rede, selbstverständlich beinhalten solche Einsätze aber immer - wie auch das im Papier benannte Vorbild, Enduring Freedom in Afghanistan zeigt - einen Angriff auf die Länder, die beschuldigt werden Terroristen zu beherbergen. Für diese Einsätze benötige man etwa 5.000 Soldaten, wobei ein weltweites Operationsgebiet vorgesehen ist. Nach einem solchen Einsatz müsse wahrscheinlich eine friedenserhaltende Operation durchgeführt werden. Defizite bestünden vor allem in den Bereichen schnelle Verlegefähigkeit und Satellitenaufklärung, die es zu schließen gelte.(S. 87-93)
4. Heimatschutz
Europäisches Militär soll zur Verteidigung vor terroristischen Angriffen innerhalb des EU-Gebietes eingesetzt werden können. (S. 93-98) Dies soll wohl auch die Option eröffnen innereuropäischen Unruhen, wie sie von Seiten des Militärs vor allem hinsichtlich der massiven Verarmung der neuen EU-Mitglieder in Osteuropa befürchtet werden, gegebenenfalls militärisch zu begegnen.15
5. Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen
Jegliche Masken werden im letzten Szenario fallengelassen: "Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren ... indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Bspws. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, [oder] der Störung der Handels- und Warenströme." (S. 81) Konkret wird folgendes offensichtlich an den Golfkrieg 1991, der auch offen als Vorbild benannt wird, erinnern-de Szenario beschrieben: "In einem Land x, das an den indischen Ozean grenzt haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen west

liche Interessen an."(S. 83) Ziel sei es "das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten." (S. 83)
Während alle vorherigen Szenarien von der EU entweder im Alleingang oder als alleinige Führungskraft bewältigt werden sollen, scheint letzte-res dann doch noch eine Nummer zu groß, da das Defence Paper betont, ein solcher bis zu 4.500 Kilometer von Brüssel entfernter Einsatz könne auf absehbare Zeit nur im Verbund mit den USA bewältigt werden. Trotzdem zeigt die im Papier festgelegte Zielgröße einer europäischen Beteiligung mit 60.000 Soldaten an einer insgesamt 250.000 Truppen umfassenden Interventionsarmee, dass man über eine stärkere Beteiligung auch größere Mitspracherechte anstrebt - die völlige Bedeutungslosigkeit mit der Washington europäische bzw. deutsche und französische Interessen während der letzten US-amerikanisch geführten Kriege behandelte, ist keineswegs in Vergessenheit geraten und soll sich nicht nochmals wiederholen.

Ressourcen für den militärischen Leviathan EU

Auf Grundlage dieser Einsatzszenarien kommt das Defence Paper zu dem Ergebnis, dass zwischen 150.000 und 200.000 Soldaten so schnell wie möglich permanent für Auslandseinsätze verfüg-bar sein müssen. (S. 67) Der Abschied vom Konzept der Zivilmacht EU und der Landesverteidigung als einziger Aufgabe des Militärs spiegelt sich auch in dem Ziel wieder langfristig 50% aller europäischen Truppen für Kriegseinsätze abzustellen.(S. 125)
Natürlich muss für derart ambitionierte Großmachtbestrebungen auch kräftig investiert werden. Defizite sehen die Autoren des Weißbuchs vor allem hinsichtlich mangelhaft vorhandener Transportkapazitäten und weltraumgestützter Aufklärungsfähigkeiten. Insgesamt taxieren sie den Investitionsbedarf auf zusätzlich mindestens 40 Mrd. Euro um die anvisierten Kriege führen zu können.(S. 118) In dem Maße wie die Autoren des Weißbuchs sich optimistisch äußern, die gesteckten Ziele in kürzester Zeit erreichen zu können, sollte einem tatsächlich Angst und Bange werden vor diesem militärischen Leviathan, den Europas Strategen derzeit aufbauen.

Endnoten

1 Vgl. zu den militärischen Aspekten der EU-Verfassung Tobias Pflüger: Vertragliche Militarisierung oder Warum der EU-Verfassungsvertrag friedensgefährdend ist, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Dezember 2004).
2 European Defence Paper: A Proposal for A White Paper, Institute for Security Studies, Paris, May 2004. Alle folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diesen Text.
3 Vgl. Jürgen Wagner: Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, IMI-Studie 2004/01, Tübingen, Februar 2004; Siehe auch Ulrich Duchrow: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.
4 Vgl. Claudia Haydt/Tobias Pflüger/Jürgen Wagner: Globalisierung und Krieg, AttacBasisText 5, Hamburg 2003.
5 Lühr Henken: EU: Weichenstellungen zur Supermacht? Sicherheitsstrategie – Verfassung – „Battlegroups", IMIAnalyse 2004/035; Siehe auch THE BATTLEGROUPS CONCEPT, Geopowers.com 10.2.2004, http://www.geopowers.com/Allianzen/EU/akt_eu/RRF_B GConcept.pdf
6 Vgl. World Bank, Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003; Siehe auch die Analyse von Michael Dauderstädt, Leiter der Internationalen Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, der zu dem Ergebnis kommt, dass der Neoliberalismus bestenfalls keine positiven Effekte für die betroffenen Staaten der Dritten Welt zeitigte (Exporting Stability to a Wider Europe: From a Flawed Union to Failing States, Internationale Politikanalyse - Europäische Politik, Oktober 2004).
7 Siehe ausführlich zu Coopers Ausführungen und der Europäischen Sicherheitsstrategie Wagner: Partner oder Gegner, S. 12ff.
8 Siehe vor allem Herfried Münkler: Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation, in: IPG, 3/2004, S. 22-37, insbesondere S. 23.
9 Herfried Münkler: Das imperiale Europa, in: Die Welt, 29.10.04.
10 Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaass im Streitgespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/04, S. 539-552, S. 549f.
11 Vgl. Jeffrey Record: Nuclear Deterrence, Preventive War, and Counterproliferation, CATO Policy Analysis no. 519, July 8, 2004, S. 1.
12 Atomkrieg, Informationen zur deutschen Außenpolitik, 11.10.2004, http://www.german-foreignpolicy.com/de/news/article/1097359200.php
13 Bruno Tertrais: Nuclear policy: France stands alone, in: Bulletin for the Atomic Scientists, Volume 60, No. 4, pp. 48-55; Hoon Suggests U.K. Nukes Will Counter WMD, BASIC Press Release, 20 March 2002.
14 Kupchan, Charles, The End of the American Era, New York 2002, S. 155; Ähnlich äußert sich auch der französische Außenminister Barnier: "Frankreich will ‚ein Bündnis zwischen Amerika und Europa" schaffen, das auf „zwei gleichgewichtigen Pfeilern ruht.'" (Henken: EU: Weichenstellungen).
15 Vgl. H. Hofbauer: Osterweiterung: Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Wien 2003, S. 204ff.

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2005 bietet Gelegenheit zur Debatte.
Kommunardinnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Kommune Buchhagen, der Feuerland-Kommune aus der Uckermark, der Kommune Karmitz aus dem Wendland, der Kommune Alla Hopp in Bremen sowie der Kommune Waltershausen stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.
Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.

Es gibt immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht oder sie werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte.

Der Einsatz für menschenwürdige Strukturen und Erhalt unserer Umwelt muss heute oberste Priorität haben.

Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen, und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.
„Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die allein selig machenden Konzepte in dieser Situation„, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, „aber durch den Aufbau solidarischer Lebensformen, gerechter Arbeitsverhältnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir am Aufbau einer gerechteren Welt mitwirken.

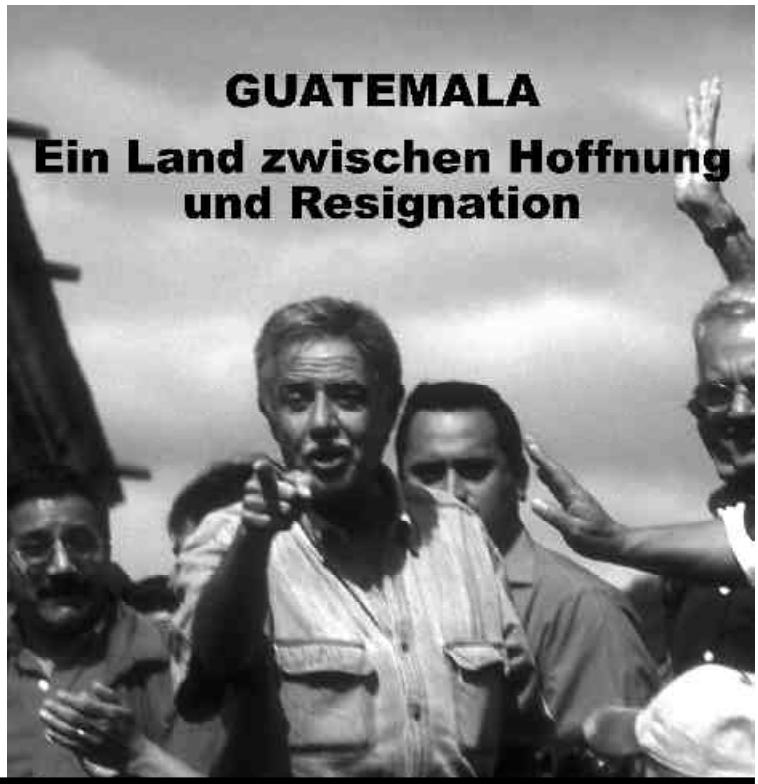
Tourplan im Januar/Februar 2005:

Bremen	Kommune Alla Hopp	20.30 Uhr
Sa, 29.01.05	Hardenbergstr. 52/54 28201 Bremen	
Hannover	Pavillon	20.00 Uhr
Mo, 31.01.05	Lister Meile 4 30161 Hannover	
Braunschweig	Nexus	20.00 Uhr
Di, 01.02.05	Kultur- u. Wohnprojekt Frankfurter Str. 253 38122 Braunschweig	
Magdeburg	Umsonstladen	19.00 Uhr
Mi, 02.02.05	Brandenburger Str. 9 39104 Magdeburg	
Potsdam	Buchladen Sputnik	19.30 Uhr
Fr, 04.02.05	Charlottenstr. 28 14467 Potsdam	
Berlin	Café Morgenrot	00.00 Uhr
Sa, 05.02.05	Kastanienallee 85 10435 Berlin	
Neubrandenburg	ArcheN	19.00 Uhr
So, 06.02.05	Soziokulturelles Bildungszentrum Reitbahnweg 38 17034 Neubrandenburg	

Oldenburg
So, 30.01.05
Alhambra 20.00 Uhr
Hermannstr. 83
26135 Oldenburg

Gemeinschaften und Kommunen

**Gemeinsam leben-
kollektiv arbeiten-
politisch handeln**



Ein politischer Reisebericht von Felix Koltermann (CAREA)

Über 8 Jahre ist es her, dass in Guatemala Regierung und Guerilla einen Friedensvertrag unterzeichneten und damit einen 36 jährigen Bürgerkrieg beendeten. Im Januar diesen Jahres kam ein neuer Präsident an die Macht, in den große Hoffnungen gesetzt wurden. Denn die sozialen Konflikte, die zum Ausbruch des Bürgerkrieges führten, sind ungelöst, der Staat in all seinen Institutionen korrupt und die Macht des Militärs ungebrochen. Soziale Organisationen die für bessere Lebensverhältnisse und die Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen kämpfen, werden bedroht und verfolgt. Im Fokus staatlicher Interessen stehen neoliberale Großprojekte, wie die Unterzeich-nung eines mittelamerikanischen Freihandelsabkommens mit den USA.

Im Vortrag, der von Diaaufnahmen zu den einzelnen Themen begleitet wird, soll es einführend um die jüngere Geschichte, den Bürgerkrieg und dessen Aufarbeitung sowie um die Agrarfrage gehen. Ein weiteres Thema wird die Arbeit im Zeugenschutz-programm der guatemaltekischen Menschenrechts-organisation CALDH sein.

Seit einigen Jahren versucht diese NGO Prozesse gegen die ehemaligen Diktatoren Rios Montt und Lucas Garcia anzustrengen. Eine Koalition internationaler Organisationen bietet dazu eine Begleitung der Zeugen an, die von reaktionären Kräften und Kreisen des Militärs bedroht sind, Begleitung an. Die deutsche Menschenrechtsorganisation CAREA e.V. bereitet in deren Auftrag Menschen aus Deutschland auf diese Aufgabe vor.

Diavortrag mit Felix Koltermann

Montag,17.01.2005
20.00 Uhr
Dritte Welt Laden
Auguststr. 50

Der Referent Felix Koltermann, Fotodesign-student an der FH Dortmund, war von Okto-ber 2003 bis Januar 2004 in Guatemala und hat dort zahlreichen Projekte besucht, Inter-views und Reportagen gemacht und die Wahlen als Beobachter im Auftrag der deut-schen Menschenrechtsorganisation CAREA (www.buko.info/carea) begleitet. Für CAREA leitet er Vorbereitungsseminare für Menschenrechtsbeobachter in Chiapas/ Mexiko.

Auf ein Neues

Freitag, 21. Januar

Pakava It aus Moskau sind wieder da

Pakava It – die vielleicht sonnigste und heiterste Band der aufblühenden 10-Millionen-Metropole. Anfang Mai kamen sie das erste Mal nach Deutschland – und auch ins Alhambra. Nach über zwei Stunden dampfte der Saal und viele Dutzend T-Shirts mussten sofort in die Wäsche. Nicht nur das Publikum war von der Band, sondern auch die Band vom Publikum begeistert: „Wenn ihr wollt, kommen wir wieder." Keine Frage, wir wollten!

Pakava It haben sich in Moskau zunächst als offenes Straßenmusikorchester einen Namen gemacht. Gespielt wurde meist mit über 20 MusikerInnen. Der Kern bildet die neuen Pakava It. Eine Gruppe mit immerhin noch neun MitgliederInnen. In den Clubs St. Petersburgs und Moskaus sorgen sie mit ihren ausgeklügelten, theatralisierten Shows immer wieder für Begeisterung.

Musikalisch bewegen sie sich zwischen den Welten. „Wir nehmen uns ein Körnchen hier, ein Körnchen da", sagen sie. Tatsächlich finden sich in ihren Stücken afrikanische, südamerikanische, elektronische oder russische Einflüsse – um nur einige zu nennen. Doch wichtigster Bestandteil ihrer Musik ist der Ska.
Es wird heiß im Winter – Pakava It kommen!
Viel Spaß!

Pakava It

crush hour concerts präsentiert:

USA is a monster

am Sonntag den 30.01.2005

Vialka(CZ)
+ USAisamonster (usa)
+ Koonda Holaa (CZ)

Am Sonntag den 20.02.2005

la casa fantom (norway)
+ parolen rufen(ol)

PAROLEN RUFEN

einlass jeweils 21 uhr

redredred konzerte

Do 24.02. DENISON WITMER (usa) / AUDREY (Schweden)

DENISON WITMER

AUDREY

kämpfen heisst den abwasch machen

eine literaturseite zum thema hausarbeit

zum dank an unsere tolle voKü !

Ein sauberer Topf bedeutet ein sauberes Gewissen!

Alle Götter haben sich gegen Dich verschworen, wasche ein wenig Geschirr ab, um sie zu besänftigen!

Nur ein Abwaschvorgang Kann Deine Seele noch reinigen!

Ein gespülter Teller macht noch Keinen Abwasch!

Das Glück dieser Erde liegt an der Spüle und dem Herde!

In der Spüle liegt die Kraft!

Warum in der Kneipe schwafeln,
wenn die Küche liegt so nah!

Es gibt nichts Gutes,
außer mensch tut es abwaschen!

Arbeit ist die wärmste Jacke!

Die Freiheit liegt auf dem Grunde des Spülbeckens!

Der Abwasch ist ein Papiertiger!

Nur wer die Hölle Kennt,
wird das Paradies zu schätzen wissen!

Sei nett zu Schweinen und zu Fischen
und geh' auch mal die Küche wischen!

Lieber heiß spülen, als Kalt duschen!

Löse dieses Rätsel und füttere es, dann seist Du befreit:
Es ist grün, hat einen großen Rachen aus dem es stinkt, hat nur zwei Beine, mag altes Gemüse und ist doch Kein Tier.

Für die Freiheit für das Leben, einfach mal die Küche fegen!

Mensch soll das Essen nicht vor dem Abwasch loben!

eine gerechte welt fängt bei dir an

sicherlich hört sich das an wie eine sammlung von sprüchen, mit denen blöde spiesser andere leute zum arbeiten antreiben... aber hey, es geht ums miteinander leben... und dabei nicht die anderen hinter sich herputzen zu lassen.

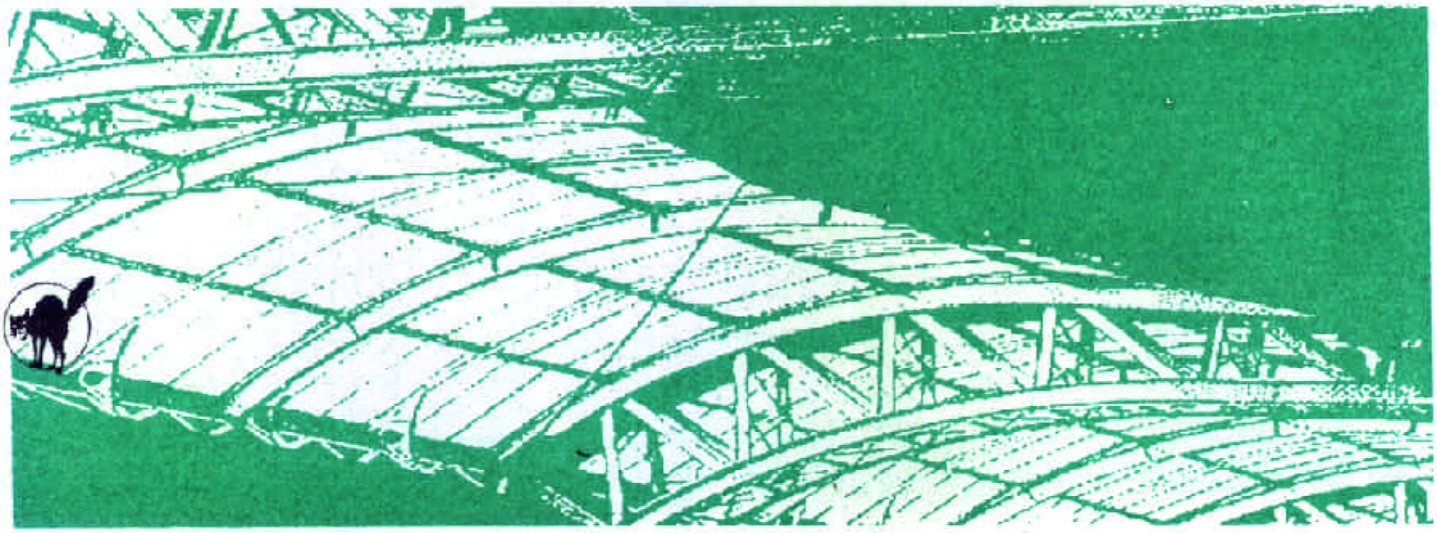
Alhambra

REGELMÄSSIGES

** Archiv: Mo. 18:00h * Crush Hour Concerts: Mo. 18:00h * Antifa-Cafe: Mo. 20:30h * Jugendcafe Kaluppe: 17:00h * Schülerinnenbündnis: Do. 18:00h * Vokü und Kneipe: Do. 19:00h * Oldenburger Rechtshilfe: Do. 21:00h **

Alhambra

TERMINE

(Samstag 1. Jan) Lesbischwule Neujahrsparty * 22:00h
(Donnerstag 6. Jan) R.T.F. - Die Vorlesekneipe Achtung Motto: "Die heiligen drei Könige" * 20:30h
(Samstag 8. Jan) FrauenLesben Drag-party
(Freitag 14. Jan) Rock gegen Rechts: u.a. Hasperath * 20:00h
(Freitag 14. Jan) Nutzerinnen Plenum * 20:30h
(Samstag 15. Jan) Männerfabrik
(Donnerstag 20. Jan) Fachschaft Physik / interkulturelle Pädagogik
(Freitag 21. Jan) Sputnik-Konzert: Pakava It
(Sontag 23. Jan) Doppelkopf-Tunier
(Dienstag 25. Jan) RedRedRed Konzert: Breath Resist (USA) * 21:00h
(Donnerstag 27. Jan) CD-Release Party: No time to louse
(Freitag 28. Jan) Drumm 'n Bass Party
(Samstag 29. Jan) Rosa Disco
(Sontag 30. Jan) Polit-Kommunen Info-Veranstaltung * nicht im Saal * 20:00h
(Sontag 30. Jan) Crush Hour Concerts: Vialka

(Freitag 4. Feb) Goa Party
(Samstag 5. Feb) Homophilias
(Donnerstag 10. Feb) Fachschachftsparty Diplompädagogik